DEMO-ONLINE.DE

67. JG | A02125 EINZELPREIS **6,00 €**

DEMO

11/12 **2015**

VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

FLÜCHTLINGE IN DEN KOMMUNEN

Ankommen – und was dann?

Wer die Probleme heute meistert, wird morgen profitieren

FOTO: PICTURE ALLIANCE

mainova

Nachhaltige Lösungen von XS bis XXL.

Jetzt informieren:
Geschäftskunden-Produkte nach Maß!

Bei uns erhalten Unternehmen jeder Größe die nachhaltige Lösung, die perfekt zu den jeweiligen Anforderungen passt. Damit sind wir ein starker Partner für Unternehmen in ganz Deutschland – und für unsere Umwelt. Entdecken auch Sie unsere „grünen“ Strom- und Erdgasoptionen, Services und Produkte online unter: **www.mainova.de/geschaeftskunden** oder unter der **ServiceLine 0800 11 666 88**.

INHALT

Liebe Leserin, lieber Leser,

es sind allen voran die Kommunen, die gefordert sind, wenn es um die Integration der Flüchtlinge geht. Kommunen sind der Ort, wo die Flüchtlinge ein Zuhause finden wollen: eine Wohnung, Arbeit, Schule und Kita für den Nachwuchs. Diese Aufgabe steht jetzt an. Dafür müssen zum Beispiel mehr Verwaltungskräfte, mehr Betreuer, mehr Erzieher und mehr Sprachlehrer eingestellt werden. Es muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die der neuen Situation Stand hält.

Da hilft es nicht, an gut gemeinten Standards aus entspannten Zeiten festzuhalten. Wenn eine Einrichtung für alleinreisende Minderjährige nicht genehmigt wird, weil es darin ein Durchgangszimmer gibt, ist das Unsinn. In solchen Fällen muss auf übertriebene Regelungen verzichtet werden, denn das Wohl dieser jungen Menschen liegt derzeit nicht darin, ein abgeschlossenes Zimmer zu haben. Sie wollen hier ankommen und sich zu Hause fühlen.

Wenn Flüchtlinge – wie das häufig der Fall ist – nicht alle nötigen Zeugnisse mitbringen, muss es deutschlandweit Angebote geben, um ihre Kompetenzen zügig zu ermitteln. Einfache Lösungen helfen in solchen Zeiten mehr als bürokratische Konstrukte. Gleiches gilt für Bauvorschriften und andere Regelungen, die alle irgendwo ihren Sinn haben mögen, aber in Zeiten akuter Not nicht weiterhelfen. Davon können sie in dieser DEMO-Ausgabe lesen.

Kommunen sind konkret. Deswegen gehören sie auch mit an den Verhandlungstisch, wenn es darum geht, wie Deutschland die große Aufgabe der Flüchtlingszuwanderung bewältigen kann. Nur so lässt sich diese Gemeinschaftsaufgabe, die uns sicher mehrere Jahre beschäftigen wird, gut stemmen. Alles andere bedeutet nur, vom grünen Tisch aus zu diskutieren.

Ich wünsche Ihnen Kraft und Ausdauer für die 2016 vor uns liegenden Aufgaben und ein friedliches und erholsames Weihnachtsfest.

Karin Nink, Chefredakteurin

FOTOS: DIRK BLEICKER, THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET, INES MEIER

Titel
Flüchtlinge in den Kommunen

4 **„Niemand verliert wegen der Flüchtlinge seinen Job“ |** Interview mit Ministerin Andrea Nahles
6 **Gemeinsam schrauben in der Werkstatt |** Das Bündnis für Flüchtlinge Buchholz schafft Orte der Begegnung
8 **Trotz Hindernissen den eigenen Weg finden |** Flüchtlinge auf der Suche nach Arbeit oder Ausbildung
10 **Wirrwarr der Regelungen |** Einheitliche Verfahren für die Anerkennung von Berufsabschlüssen fehlen
12 **Behandlung auf Karte |** Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge birgt Vor- und Nachteile für Kommunen
13 **Nischen nutzen |** Studenten entwickeln Entwürfe für bezahlbare, nachhaltige und menschenwürdige Architektur
14 **Integration von klein auf |** Bedarf an Kita-Plätzen steigt – Offen ist, ob die zugesagten Finanzmittel ausreichen
15 **Herausforderung im Klassenzimmer |** In Itzehoe unterrichten Lehrer Deutsch als Zweitsprache
16 **Ohne Eltern auf der Flucht |** Die Ankunft tausender Minderjähriger bringt Kommunen an ihre Grenzen
18 **Jugendzentren öffnen Türen |** Wie der Landkreis Friesland Jugendliche erfolgreich integrieren will
20 **„Wir sind in einer Verantwortungsgemeinschaft“ |** Interview mit Oberbürgermeister Frank Baranowski

DEMO-Kongress

24 **„Unsere Werte beibehalten“ |** Gesine Schwan spricht zum gelungenen Auftakt des DEMO-Kongresses 2015
26 **Ehrung für Klaus Wowereit |** DEMO-Kommunalfuchs für das Lebenswerk als Regierender Bürgermeister
27 **Partnerschaften als Signal |** Interessante Workshops und lebhafte Debatten am zweiten Kongresstag

Report
Breitband und E-Government

28 **Privat reicht nicht |** Breitbandausbau kann nur mit Beteiligung der kommunalen Unternehmen gelingen
29 **Glasfaser für alle! |** Wie Kommunen Fördermittel richtig nutzen können
30 **Der Dolmetscher ist in zwei Minuten da |** Die Stadt Potsdam schaltet Sprachmittler für Flüchtlinge online zu
32 **Intelligente kommunale Infrastrukturen |** Smarte Entwicklung stärkt die regionale Wirtschaft
33 **Die E-Bilanz ist Pflicht |** Ein Überblick über die neuen Anforderungen des Finanzamtes
34 **Ordnung im Vorlagendschungel |** Wie die Bremer SPD-Bürgerschaftsfraktion die Sitzungs-App „iRICH“ nutzt
36 **Die Jugend im Netz verstehen |** Wer Politik für junge Menschen macht, erreicht sie in sozialen Netzwerken

21 **SPD-Bundestagsfraktion |** Perspektiven schaffen
22 **News |** Michael Ebling folgt auf Ivo Gönner als VKU-Präsident
37 **Bücher | Wahlen | Termine**
38 **Das Letzte | Vorschau | Impressum**

„Niemand verliert wegen der Flüchtlinge seinen Job“

Andrea Nahles, Bundesministerin für Arbeit und Soziales, will massiv in Sprachkurse investieren und berufsbezogene Sprachkurs-Plätze auf 100 000 vervierfachen. 2016 werden für Investitionen in Deutsch- und Integrationskurse insgesamt 300 Millionen Euro bereitgestellt. Sie dämpft zu hohe Erwartungen: „Integration braucht Zeit“

Interview Karin Billanitsch

ZUR PERSON

Andrea Nahles wurde 1970 in Mendig bei Mayen in der Eifel geboren und wuchs als Tochter eines Maurermeisters auf. Heute wohnt sie in Weiler bei Mayen, ist verheiratet und hat eine Tochter.
In der großen Koalition ist sie Arbeits- und Sozialministerin, zuvor war sie von 2009 bis 2013 SPD-Generalsekretärin. Von 2007 bis 2009 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD, Sprecherin für Arbeits- und Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion und Leiterin der Projektgruppe Arbeitsversicherung beim SPD-Parteivorstand.
Bereits im Jahr 1988, noch als Gymnasiastin, trat sie in die SPD ein, ein Jahr später gründete sie den SPD-Ortsverein Weiler und war von 1989 bis 2007 Vorsitzende des Ortvereins. Es folgten Jahre als Landesvorsitzende der Jusos in Rheinland-Pfalz (1993 bis 1995) und als deren Bundesvorsitzende (1995 bis 1999). Seit 1997 ist sie Mitglied im SPD-Parteivorstand.

Frau Nahles, viele Zuwanderer bringen bereits Qualifikationen, eine Berufsausbildung mit. Aber die Kenntnisse liegen oft monatelang brach. Zwar ist das Arbeitsverbot für Flüchtlinge bereits 2014 auf drei Monate verkürzt worden. Doch die Wenigsten finden dann schnell in den Arbeitsmarkt. Was müsste jetzt passieren, damit Flüchtlinge schneller in Arbeit kommen?

Ganz entscheidend sind jetzt zwei Dinge: Das eine sind die Sprachkenntnisse. Wir investieren massiv in Sprachkurse und suchen Kontakt zu den Betrieben, um das Erlernen der Sprache und den ersten Kontakt zur deutschen Arbeitswelt zusammenzubringen. Als Kollege lernt es sich einfach besser. Aber es fehlt noch an Kapazitäten. Die Zahl der berufsbezogenen Sprachkurs-Plätze innerhalb von wenigen Monaten von 25 000 auf 100 000 und mehr zu erhöhen, ist eine Herkulesaufgabe. Der Zeitdruck ist erheblich. Das zweite wichtige Element sind die Qualifikationen. Wir müssen feststellen, welche Qualifikationen und Kompetenzen der einzelne Flüchtling mitbringt und dann passgenau unterstützen, um hierauf gegebenenfalls mit ergänzender Qualifizierung aufzubauen. Bei beiden Hebeln arbeiten wir gerade mit Hochdruck an der Umsetzung.

Es wird einige Zeit dauern, bis die Flüchtlinge so gut Deutsch sprechen, dass sie auf dem Arbeitsmarkt eine Chance haben. Sind ausreichend Mittel bereitgestellt, um in den Kommunen genügend (berufsbezogene) Deutschkurse anzubieten?

Wir haben für dieses Jahr nachjustiert und massiv mehr Mittel für Sprachförderung eingesetzt. Außerdem haben wir die Bundesagentur für Arbeit ermächtigt, für Personen mit guter Bleibeperspektive weitere Sprachkurse noch 2015 zu vermitteln. 2016 bauen wir die Investitionen in Deutschkurse deutlich aus: Für die berufsbezogene Sprachförderung und zusammen mit den Integrationskursen im Etat des Bundesinnenministeriums stellen wir mit knapp 300 Millionen dafür 2016 fast viermal so viel bereit wie ursprünglich geplant. Mittelfristig wollen wir die Integrationskurse und die berufsbezogenen Sprachkurse im Rahmen eines neuen „Gesamtprogramms Sprache“ zu einem modularisierten System weiterentwickeln. Diese Strukturen werden wir jetzt so schnell wie möglich hochfahren und dann laufend überprüfen und gegebenfalls nachjustieren, um sicherzustellen, dass wir den notwendigen Bedarf decken.

Wie viel Geld veranschlagen Sie für die Integration von Flüchtlingen für das nächste und die kommenden Jahre? Wofür sollen diese Finanzen verwendet werden?

Jetzt ist es entscheidend, mit dem Haushalt 2016 die nötigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu schaffen. Konkret stellen wir für das Jahr 2016 in der Grundsicherung für die Jobcenter zusätzliche Bundesmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik und für Eingliederungsmaßnahmen in Höhe von 575 Millionen Euro bereit.

Andrea Nahles will den Flüchtlingen so schnell wie möglich einen Neustart ermöglichen.

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

Ergänzend investieren wir zu den schon genannten Mitteln für die Sprachförderung weitere Mittel für die berufliche Integration und Anerkennungsberatung im Netzwerk Integration durch Qualifizierung (IQ) – hier alleine 19 Millionen Euro. Außerdem brauchen wir mehr gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Jobcentern. Allein in den gemeinsamen Einrichtungen von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen schaffen wir für das Jahr 2016 daher insgesamt zusätzlich 2800 Beschäftigungsmöglichkeiten, davon die meisten als Dauerstellen.

Und schließlich benötigen wir auch mehr Mittel für die Leistungen zum Lebensunterhalt – für das Jahr 2016 insgesamt über 1,1 Milliarden Euro. Mit diesen Investitionen schaffen wir die staatlichen Voraussetzungen für die Integration in Arbeit. Klar ist aber auch, sie gelingt nur Hand in Hand mit der Wirtschaft. Daher bin ich auch im engen Dialog mit Arbeitgebern, wie wir die staatlichen Angebote besser mit unternehmerischen Möglichkeiten verzahnen können.

Für viele Unternehmen sind Flüchtlinge die Nachwuchskräfte von morgen. Verringern sich dadurch die Chancen von zumeist älteren Langzeit-Arbeitslosen, eine Stelle zu finden?

Nein. Niemand wird wegen der Flüchtlinge den Job verlieren. Im Gegenteil, es entstehen auch viele neue Jobs rund um die Flüchtlingshilfe, zum Beispiel im Wohnungsbau, im Catering, in der Betreuung und vielem mehr. Bei den „einheimischen" Menschen werden wir daher weiter einen Rückgang der Erwerbslosigkeit erleben.

Zudem achten wir bei allem, was wir für die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt tun, streng darauf, dass die zusätzlichen Anstrengungen nicht zu Lasten der Menschen gehen, die bereits hier leben und die auch auf unsere Unterstützung angewiesen sind. Wir wollen den Flüchtlingen die Chance für einen Neustart in Deutschland geben. Und gleichzeitig werden wir auch Menschen, die schon lange in Deutschland arbeitslos sind, bei einem Neustart helfen.

IN ZAHLEN

2 649 000

Arbeitslose wurden im Oktober 2015 gemeldet – das ist ein Rekordtief seit 1991.

6%

beträgt damit die Arbeitslosenquote im Oktober.

90 000

Personen haben im 1. Halbjahr 2015 einen aus Bundesmitteln geförderten Integrationskurs begonnen.

QUELLE: BA-ARBEITSMARKTSTATISTIK; BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE

In Deutschland sind die Arbeitslosenzahlen rekordverdächtig niedrig. Wird der Arbeitsmarkt die Integration der Flüchtlinge schaffen, oder werden die Arbeitslosenzahlen wegen der Zuwanderung steigen?

Die Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist langfristig eine große Chance für Deutschland in Anbetracht von demographischem Wandel und Fachkräfteengpässen. Die Integration gelingt aber nicht von heute auf morgen, sie braucht Zeit. Man stelle sich mal umgekehrt vor, wir würden in Syrien neu anfangen, ohne die Sprache zu beherrschen. Das heißt, kurzfristig werden die Arbeitslosenzahlen deutlich ansteigen, wenn die Flüchtlinge ein Bleiberecht erhalten und sich arbeitsuchend melden. Und langfristig werden wir die Menschen gut in den Arbeitsmarkt integrieren können, wenn wir jetzt rechtzeitig in sie investieren – daran arbeiten wir mit vereinten Kräften.

Mehr Information
www.demo-online.de
www.bmas.de

Anzeige

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland – Leuchtturmprojekt 2014 –

Zukunftscharta EINEWELT – Unsere Verantwortung

AUGENBLICK

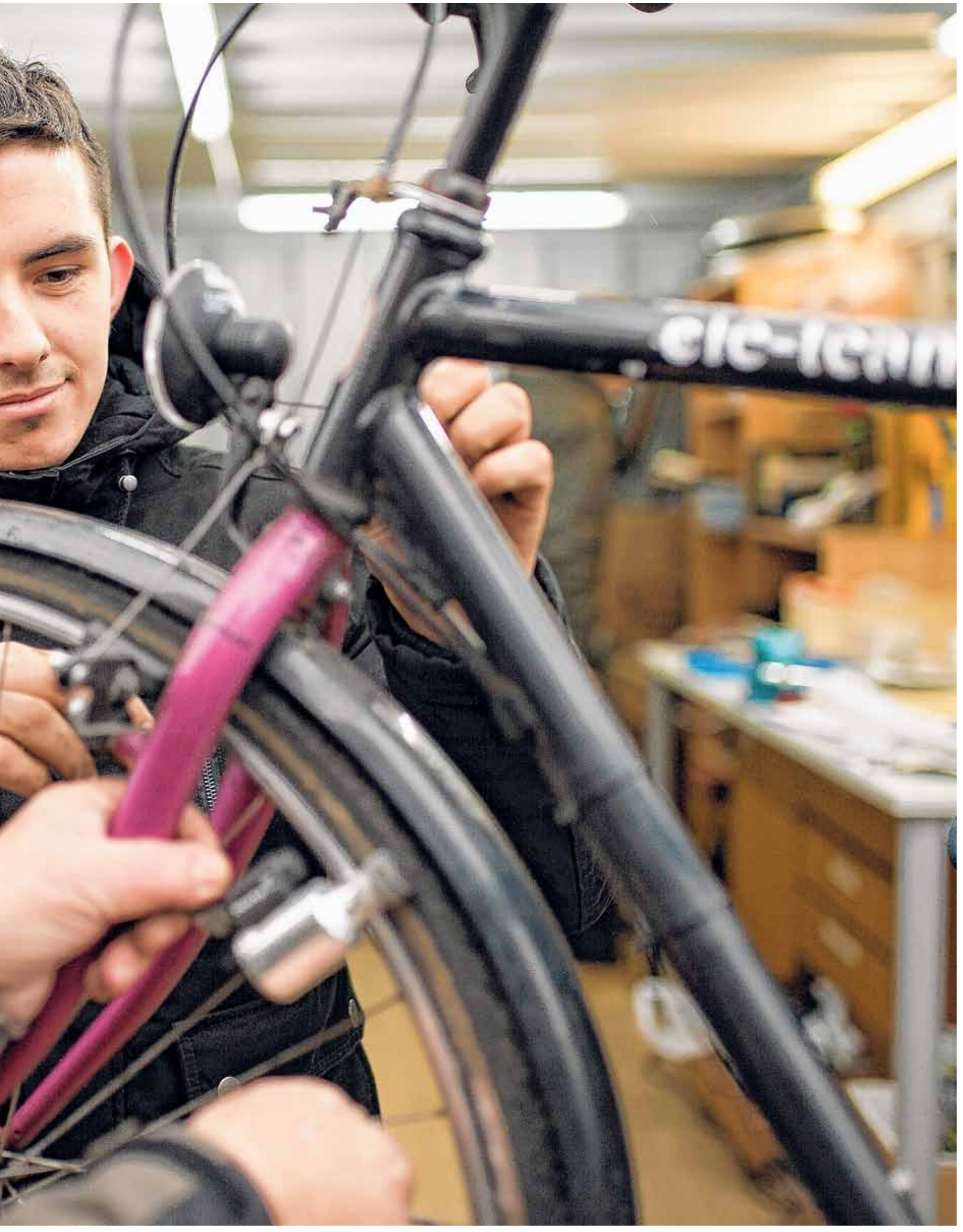
Gemeinsam schrauben in der Werkstatt

Shpat Lohaj legt selbst mit Hand an, um sein gebrauchtes Fahrrad fahrtüchtig zu machen. Hier, im niedersächsischen Buchholz, repariert er vor einer Container-Werkstatt gemeinsam mit Rüdiger Koch (70) seinen kaputten Drahtesel. Der Rentner ist einer der aktiven Ehrenamtler im „Bündnis für Flüchtlinge Buchholz“ und gehört zu dem Team, das seit Mitte Oktober Fahrräder gemeinsam mit und für Flüchtlinge und andere Bedürftige instand setzt. Seit einem Jahr wohnt Shpat in Deutschland, er kommt aus dem Kosovo und spricht gut Deutsch. 260 Flüchtlinge leben hier, weitere 220 werden erwartet. „Mobilität ist ein ganz wichtiger Punkt“, sagt Koordinator Heinrich Helms. Ein Fahrrad verschafft den Flüchtlingen Bewegungsfreiheit. Vom Container über die Werkzeuge bis hin zur Ausstattung mit Schläuchen, Ersatzteilen und Fahrrädern: alles Spenden von Bürgern oder Firmen aus der 40 000-Einwohner-Gemeinde im Landkreis Harburg. 20 Euro kostet ein fahrtüchtiges Rad, „das an Flüchtlinge oder Bedürftige verkauft“ wird. Den Fahrradhändlern vor Ort soll keine Konkurrenz gemacht werden.

Die Werkstatt ist nur eines von einem Bündel von Angeboten des Bündnisses, zu dem rund 330 Mitglieder zählen. Ein großer Schwerpunkt sind Sprachkurse, eine Gruppe kümmert sich darum, Flüchtlinge in Ausbildung oder Arbeit zu bringen, andere entwerfen einen Leitfaden zur Wohnungssuche. Es entstehen Orte der Begegnung: regelmäßige Treffen einer Musikgruppe etwa oder ein Grillfest. Helms: „Die Stadt unterstützt das Bündnis finanziell, ideell und personell, und stellt Räume zur Verfügung.“ Das Bündnis leistet viel – doch es gibt Grenzen: Es fehle an Qualifizierungsangeboten für jene, die sich in die Flüchtlingsarbeit einbringen wollen, sagt Helms während einer Anhörung im Bundestag. Ehrenamtliche seien oft überfordert, mit traumatisierten Menschen umzugehen. Er benennt wichtige Probleme: Nötig wären etwa mehr Sprachkurse, mehr Sozialarbeiter, mehr Wohnungen. Damit Menschen wie Shpat Lohaj hier in Sicherheit und mit einer Zukunft leben können. *K. Billanitsch*

www.buendnis-buchholz.de

FOTO: STUDIO GLEIS11/JENS SCHIERENBECK



Trotz Hindernissen den eigenen Weg finden

Ein Pilotprojekt in Hamburg will Flüchtlinge schneller in Arbeit bringen, ein Netzwerk in Schleswig-Holstein hilft, Jobs oder Ausbildungsplätze zu finden. Und ein Lübecker Unternehmer bildet einen jungen Asylanten als Steinmetz aus. Drei Schlaglichter

Autoren Susanne Dohrn und Harald Lachmann

Lübeck: Bittsteller bei den Behörden

Gleich sechs Ausbildungsplätze könnte Stefan Wolf derzeit besetzen. Teils Jahre schon sucht er händeringend junge, ambitionierte Mitarbeiter für das gut gehende Natursteinwerk Rechtglaub-Wolf, das er in Lübeck in vierter Generation führt. Doch der Markt für qualifizierte Leute sei „inzwischen leergefegt", musste er feststellen. Auch die Anzeigen, mit denen er Lehrstellen anbietet, brächten meist wenig, so der 38-Jährige. Bewirbt sich doch jemand, lädt er ihn zu einem ersten Praktikum ein. Und so stand 2014 auch Benyamin Ahmadi vor ihm. Da Wolf aus Erfahrung keine Bewerberakten mehr liest, sondern die Leute lieber selbst in Augenschein nimmt und ein wenig vorarbeiten lässt, war ihm vorher gar nicht bewusst, dass hier ein Flüchtling aus Afghanistan um Arbeit nachsuchte. Er stellte sich geschickt an – es zahlte sich offenbar aus, dass er zuvor schon im Iran – wohin die Familie zunächst geflohen war – in einem Steinmetzbetrieb gejobbt hatte.

Benyamin Ahmadi bekam denn die Lehrstelle. Für den heute 22-Jährigen schien sich endlich alles zum Guten zu wenden. Denn vier Jahre lebte er da bereits in Deutschland, wohin er in einer siebenmonatigen abenteuerlichen Tour aufgebrochen war: im Schlepperboot nach Griechenland, zu Fuß, zuletzt im Zwischendeck eines Lkw. Er landete in einer Jugendeinrichtung im schleswig-holsteinischen Neumünster, wo er Asyl beantragte – und zunächst drei Jahre auf seinen Bescheid warten musste.
Immerhin besuchte er in dieser Zeit die Schule, brachte es gar zum Realschulabschluss. Auch Deutsch sprach er nun so gut, dass er sich um Arbeit bemühte – eben als Steinmetz. Doch schnell stieß er an neue Hürden: Die drei ersten Monate in Deutschland dürfen Asylbewerber gar nicht arbeiten, danach unterliegen sie für ein Jahr einer sogenannten Vorrangprüfung: Das Jobcenter überprüft, ob es nicht einen Deutschen oder zumindest EU-Europäer gibt, der die Stelle besetzen könnte.

Abenteuer Behördendschungel

Zugute kam Ahmadi schließlich, dass die hiesige Wirtschaft laut dem aktuellen Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) rund 37 000 Lehrstellen nicht besetzen konnte. Viele Firmenchefs nehmen talentierte und meist hoch motivierte Asylbewerber mit Kusshand. Doch selbst wenn ein Ausbildungsvertrag unterschrieben ist, bleibt der deutsche Behördendschungel ein Abenteuer. So musste Benyamin Ahmadi für seine Lehre von Neumünster nach Lübeck umziehen. Eine Wohnung kann er sich hier jedoch von den 363 Euro Lehrlingstarif, die ihm Stefan Wolf im ersten Jahr zahlt, nicht leisten. Doch Zuschüsse zur Miete wie auch für die Erstausstattung der leeren Wohnung verweigert ihm die Arbeitsbehörde in Lübeck: Man sei nicht zuständig, da er ja noch nicht in der Stadt gemeldet sei. Der Hausbesitzer wiederum unterschreibt nicht den Mietvertrag, solange das Jobcenter nicht zahlt. Eine negative Spirale.

So borgte sich Ahmadi zunächst das Geld, kommt derzeit provisorisch bei Freunden unter und hat kaum Geld zum Leben. Denn zur dreijährigen Lehre gehört auch eine regelmäßige Ausbildung einer Steinmetzschule bei Braunschweig. Zu den Fahrtkosten kommen Kost und Logis vor Ort. Hier greift ihm zwar die Firma schon unter die Arme. Trotzdem wird der junge Mann – obwohl in Arbeit und voller Ehrgeiz – immer wieder zum Bittsteller bei den Behörden. Und als er wieder einmal im Jobcenter vorsprach, wurde er, so sagt er, gar gefragt, warum er nicht lieber daheim bleibe, statt sich das alles anzutun: Als Arbeitsloser hätte er es doch in allem viel leichter!

30%

der jugendlichen Flüchtlinge sind nicht alphabetisiert.

37 000

gemeldete Lehrstellen konnte die Wirtschaft 2014 nicht besetzen – ein neuer Höchststand.

QUELLEN: HIBB, BMBF

Benyamin Ahmadi lernt nach Jahren endlich Steinmetz.

FOTO: LACHMANN

Hamburg: doppelt Deutsch lernen

„Wenn man ins Wasser kommt, lernt man schwimmen." Das wusste schon Johann Wolfgang von Goethe. Die Erkenntnis, dass praktische Erfahrung das Lernen beschleunigt, beeinflusste auch die Entstehung eines Modellprojekts für 16- bis 18-jährige Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten in Hamburg. Ziel ist es, neue

Sabine Bleyer, Ramez Sarwary, Hamid Ariarman, Rosana Trautrims, Khayrullah Dawlati, Ali Kinny, Stefanie Röpke und Rafi Sulimany (v.r.) im Büro von UTS in Rendsburg

FOTO: DOHRN

Wege zu erproben, um die Jugendlichen möglichst rasch in die betriebliche Arbeitswelt zu integrieren.

Dazu bietet die Stadt seit dem Schuljahr 2014/15 eine „Dualisierte Ausbildungsvorbereitung für Migrantinnen und Migranten" (Av-M) mit integrierter betrieblicher Sprachförderung an. Mehr als zwei Jahre lernen die Jugendlichen nach einer schulischen Vorbereitungsphase an drei Tagen in der Woche in der Schule Deutsch und weitere Fächer und wöchentlich zwei Tage im Betrieb den Arbeitsalltag in Unternehmen kennen. Dabei werden sie von Mentorinnen und Mentoren im Betrieb begleitet. „In der Schule werden die Erfahrungen im Betrieb sowie die dort gehörten Redewendungen und Fachbegriffe aufgegriffen und erklärt. Diese enge Verzahnung von schulischem und betrieblichem Spracherwerb erleichtert das Lernen", erklärt Birgit Kruse. Sie leitet das Referat „Übergangsmanagement und berufliche Qualifizierung" und das Modellprojekt Av-M am Hamburger Institut für Berufliche Bildung (HIBB). Gestartet ist Av-M im Schuljahr 2014/15 mit 180 neu zugewanderten Jugendlichen an vier berufsbildenden Schulen. Inzwischen befinden sich 462 neu zugewanderte Jugendliche in 31 Av-M-Klassen.

Das HIBB arbeitet eng mit den Hamburger Kammern und dem Unternehmensverband UVNord zusammen. Diese unterstützen Av-M und sorgen dafür, dass die Hamburger Betriebe genügend Praktikumsplätze zur Verfügung stellen. Die bisherigen Erfahrungen im Projekt seien ermutigend und positiv, so Birgit Kruse. „Wir stellen fest, dass bereits geringe Sprachkompetenzen ausreichen, um Jugendliche erfolgreich in betriebliche Praktika vermitteln zu können." Außerdem ermöglicht Av-M, im Rahmen des Modellprojekts den ersten oder den mittleren Schulabschluss, ehemals Haupt- oder Realschulabschluss genannt, vorzubereiten und zu erwerben.

> **„Bereits geringe Sprachkompetenzen reichen aus, um Jugendliche erfolgreich in betriebliche Praktika zu vermitteln.**
>
> Birgit Kruse

Av-M hat noch einen weiteren Vorteil. Jugendliche, die aus ihren Herkunftsländern völlig andere Arbeits- und Betriebsstrukturen kennen, lernen Ausbildungsbetriebe kennen und entwickeln so realistische individuelle Berufsperspektiven. Birgit Kruse: „Einige Betriebe haben bereits jetzt ihr Interesse und ihre Bereitschaft signalisiert, Jugendliche nach Ende der Maßnahme in ein Ausbildungsverhältnis übernehmen zu wollen."

Nach dem Hamburger Schulgesetz sind Jugendliche zwischen 16 und 18 schulpflichtig. Innerhalb von vier Wochen nach Wechsel in eine Erstaufnahme werden neu zugewanderte Jugendliche in Hamburg in die für sie passenden Bildungsangebote der berufsbildenden Schulen für Migrantinnen und Migranten aufgenommen. Derzeit sind dies 300 bis 400 neu zugewanderte Jugendliche, die monatlich zuvor im Informationszentrum des HIBB beraten und den Maßnahmen zugeteilt werden. Rund 30 Prozent der Jugendlichen sind indes laut HIBB noch nicht alphabetisiert und werden daher zunächst in sogenannte Alphabetisierungsklassen eingeschult. Für alle Maßnahmen richtet die Schulbehörde bedarfsgerechte neue Klassen und Lerngruppen ein. Und weil je neue eingerichtete Klasse der Bedarf von etwa einer Lehrerstelle entsteht, werden in Hamburg inzwischen die Lehrer knapp. Seit Herbst sucht das HIBB deshalb Lehrkräfte, um die neu zugewanderten Jugendlichen zu unterrichten.

Rendsburg: Beraten, coachen, Mut machen

Khayrulla Dawlati lernt für seinen Hauptschulabschluss. Ramez Sarwary macht gerade ein Freiwilliges Soziales Jahr. Ali Kinny erzählt von seinem Praktikum in einem Kindergarten und wie ihm das beim Deutsch Lernen geholfen habe. Hamid Ariarman, der in Afghanistan als Journalist gearbeitet hat, gehört zum Team von „Asadi", einem „Magazin für die Kommunikation von Zugewanderten untereinander und mit der Aufnahmegesellschaft". „Asadi" heißt so viel wie „Frieden" oder auch "Freiheit".

Die jungen Männer kommen aus Afghanistan und Syrien. In Rendsburg finden sie Frieden und Freiheit und, so hoffen sie, Arbeit oder eine Ausbildung. Dafür zu sorgen, ist die Aufgabe des Vereins „Umwelt Technik Soziales“ (UTS). UTS ist Teil des Netzwerks „Mehr Land in Sicht“ des Landes Schleswig-Holstein. Das Netzwerk fördert die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen, die in Deutschland noch kein gesichertes Bleiberecht haben, also z.B. geduldet sind oder sich noch im Asylverfahren befinden. UTS ist zuständig für den Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie die angrenzenden Regionen und einer von fünf Standorten des Netzwerks in Schleswig-Holstein.

Perspektiven entwickeln

„Wir beraten und coachen“, beschreibt Sabine Bleyer ihre Arbeit und die ihrer Kolleginnen. „Bei uns lernen sie, den Arbeitsmarkt und das Ausbildungssystem zu verstehen und dann selbst ihren Weg zu gehen“, sagt Bleyer. Sabine Bleyer, Rosana Trautrims und Stefanie Röpke informieren über Berufe und die dafür notwendigen Voraussetzungen. Sie unterstützen beim Verfassen von Bewerbungen und Lebensläufen. Sie vermitteln, wo nötig, in Deutschkurse und helfen Paten zu finden, die beim Deutsch Lernen helfen. Sie wissen, wie und wo man Abschlüsse anerkennen lassen kann, was zu tun ist, wenn Zeugnisse im Mittelmeer versunken sind und helfen bei der Suche nach Praktikums-, Arbeits- oder Ausbildungsplätzen. In dem kleinen Büro laufen die Fäden zwischen Volkshochschule, Berufsschule, Betrieben und Flüchtlingen zusammen.

Ziel ist es, mit den Flüchtlingen mittel- und langfristige Berufsperspektiven zu entwickeln, sie also möglichst nicht in einfache Helfertätigkeiten zu vermitteln. Das funktioniert nur mit individueller Beratung. Bleyer: „Jeder Fall ist ein Einzelfall.“ Die meisten Flüchtlinge hätten nach ein bis eineinhalb Jahren ihren Weg gefunden und genügend Deutsch gelernt, um in einem Beruf oder einer Ausbildung, z.B. im Handwerk, zu bestehen. Sabine Bleyers Wunsch an die Politik ist deshalb: „Gebt uns Zeit.“ „Mehr Land in Sicht“ ist eines von 28 Bleiberechtsnetzwerken in Deutschland. Finanziert werden sie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und aus Bundesmitteln. Zehn Prozent übernimmt in Schleswig-Holstein der Paritätische Wohlfahrtsverband.

Mehr Informationen
www.landinsicht-sh.de

Wirrwarr der Regelungen

Einheitliche Verfahrensregeln für die Anerkennung von ausländischen Berufs- oder Bildungsabschlüssen gibt es nicht. Das erschwert die schnelle Integration von Asylbewerbern

Autor Uwe Roth

Mit einem ausländischen Bildungsabschluss in Deutschland Fuß zu fassen, ist schwer.

IN ZAHLEN

11%

der Migranten in der Bevölkerung haben einen Fach-/ oder Hochschulabschluss oder eine Promotion.

QUELLE: MIKROZENSUS

Mit einem ausländischen Bildungs- oder Berufsabschluss in Deutschland Fuß zu fassen, ist schon immer eine Herausforderung gewesen. Europa-, Bund- und Landesrecht kennen eine Vielzahl Vorschriften und Zuständigkeiten, die sämtlich bei der Anerkennung fremder Abschlüsse zu berücksichtigen sind. Dazu kommen Berufs- und Branchenverbände, die auf das Bestehende verweisen und erst mit wachsendem Fachkräftemangel anfingen, von ihrer Traditionslinie abzuweichen.

Seit dreieinhalb Jahren gibt es nun das Anerkennungsgesetz des Bundes. Arbeitssuchende aus dem Ausland haben seither das Recht, ihre mitgebrachten Abschlüsse prüfen und gegebenenfalls bestätigen zu lassen. In den ersten Jahren kamen die Anträge vorwiegend von Menschen aus Süd- und Osteuropa. Für die Prüfer war die Aufgabe überschaubar, Zeugnisse mit den Anforderungen deutscher Berufsqualifikationen abzugleichen.

Dokumente benötigen Bestätigung

In diesem Jahr jedoch kommt die Mehrzahl Arbeitssuchender aus dem arabischen und afrikanischen Raum. Sie haben Zeugnisse und Urkunden in den unterschiedlichsten Sprachen dabei und hoffen, mit solchen Nachweisen problemlos einen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu bekommen.

In einigen Bundesländern wird die berufliche Qualifikation bereits in der Erstaufnahmestelle erfasst. Im thüringischen Suhl hat die Arbeitsagentur dort ein Büro eröffnet, das schulische und berufliche Fähigkeiten in fünf Sprachen abfragt und zu Arbeitsmöglichkeiten berät. Eine systematische Erfassung und Ausbildung der Qualifikation von Flüchtlinge durch das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge etwa in einer Datenbank gibt es nicht, wie das Amt auf Anfrage der „DEMO“ bestätigt.

Bald nach ihrer Ankunft, spätestens in der Gemeinschaftsunterkunft von ihrem Betreuer, erfahren die Flüchtlinge, dass ihre Dokumente eine Bestätigung benötigen – und eine solche erhält man in Deutschland nicht von einer zentralen Stelle. Einen Sonderweg, um Neuankömmlinge mit Berufskenntnissen rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren, den gibt es so nicht.

Wer ein Handwerk ausüben möchte, muss zur örtlichen Handwerkskammer, wer einen Pflegeberuf ergreifen will, muss – beispielsweise in Hessen – beim Regierungspräsidium vorstellig werden. Lediglich bei Berufen, die in den Zuständigkeitsbereich der Industrie- und Handelskammer (IHK) fallen, gibt es einen zentralen Ansprechpartner: Die 77 Kammern haben in Nürnberg das Kompetenzzentrum FOSA (Foreign Skills Approval) eingerichtet. 22 Spezialisten, teils mit Migrationshintergrund und mehrsprachig, kümmern sich um einen Abgleich der Berufsbilder aus Industrie, Handel, Gastronomie und Dienstleistungen. Sie stellen fest, ob die Ausbildung des Antragsstellers einem der sogenannten Referenzberufe entspricht. Am Ende fällt eine Gebühr in Höhe von bis zu 550 Euro an. Wer die nicht zahlen kann, muss darauf hoffen, dass diese vom Jobcenter übernommen wird.

Um die richtige Stelle für die Anerkennung zu finden, ist im Wirrwarr der Regelungen für den Flüchtling die Beratung das Allerwichtigste. Grundlageninformationen – auch in englischer Sprache – findet er im Internet (www.anerkennung-in-deutschland.de/fluechtlinge). Dort gibt es eine Deutschlandkarte, auf der die Beratungsstellen zu finden sind, die über das bundesweite Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ finanziert werden. In Stuttgart ist das beispielsweise die Arbeiterwohlfahrt (AWO).

Der zuständige Referatsleiter Georg Ceschan sagt, mit seinen sechs Mitarbeitern sei er viel unterwegs, um sowohl die Flüchtlinge als auch ihre Betreuer über die Verfahrenswege zur Anerkennung der Berufsabschlüsse zu informieren. Weitere Anlaufstellen sind die JobCenter.

Weitere Informationen
www.anerkennung-in-deutschland.de/fluechtlinge

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

www.pwc.de/wibera

Kommunale Haushalts-konsolidierung

Stadtwerke-kooperationen

Droht Ihrer Stadt oder Gemeinde die Überschuldung? Wir beraten in allen Bereichen der kommunalen Haushaltskonsolidierung. Nutzt Ihre Kommune die Vorteile des steuerlichen Querverbunds? WIBERA organisiert die Gründung und Kooperationen von Stadtwerken. Seit über 80 Jahren sind wir Partner der Öffentlichen Hand. Sie finden unsere Expertenteams dort, wo Sie sie brauchen: an bundesweit 29 Standorten.

Was kann ich für Sie tun?

Dr. Sven-Joachim Otto, Tel.: +49 211 981-2739, sven-joachim.otto@de.pwc.com

pwc

© 2015 WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.
„WIBERA“ bezeichnet in diesem Dokument die WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, eine Tochtergesellschaft der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Mitgliedsgesellschaft der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) ist. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft.

Ein Flüchtling aus Bremen zeigt seine Gesundheitskarte. Auch in NRW wird das Modell im kommenden Jahr eingeführt.

Behandlung auf Karte

Flüchtlinge in NRW können bald unbürokratisch zum Arzt gehen. Kritiker bemängeln hohe Kosten für die Kommunen

Autorin Maicke Mackerodt

Wenn Flüchtlinge krank werden, müssen sie bislang erst umständlich zum Sozialamt, bevor sie zum Arzt gehen dürfen. Medizinische Laien in der Verwaltung entscheiden dann nach dem Asylbewerberleistungsgesetz darüber, ob jemand akut krank ist und einen „Behandlungsschein" bekommt – oder nicht. In Bremen und Hamburg haben Asylbewerber bereits seit ein paar Jahren eine eigene Gesundheitskarte. Demnächst bekommen auch in Nordrhein-Westfalen Asylbewerber ihre eigene Krankenversichertenkarte. Acht NRW-Kommunen und sieben Krankenkassen sind sich einig: Flüchtlinge sollen von 2016 an mit der Gesundheitskarte zum Arzt gehen können, so wie jeder andere gesetzlich Versicherte auch.

Jede Kommune entscheidet selbst

NRW schafft als erstes Flächenland die Möglichkeit für Asylbewerber, sich mit einer Gesundheitskarte selbstständig in Behandlung zu begeben. Die Hilfsbedürftigen werden diskriminierungsfrei versorgt, Ärzte oder Krankenhäuser unbürokratisch bezahlt und die Kommunen von unnötiger Bürokratie befreit. Die Städte sparen den Verwaltungsaufwand, der durch die Ausgabe von Behandlungsscheinen entsteht, die nach der Behandlung auch noch überprüft werden müssen. Jede Kommune kann für sich selbst entscheiden, ob sie dem Modell beitreten möchte – oder nicht. Alsdorf, Bonn, Gevelsberg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Sprockhövel, Wermelskirchen und Monheim bei Düsseldorf: Bislang haben acht Kommunen die Einführung der Gesundheitskarte 2016 beschlossen. Wachtberg bei Bonn hat die Einführung zwar auch beschlossen – es wird aber noch versucht, im gesamten Rhein-Sieg-Kreis eine einheitliche Regelung zu finden. Daher wird die Karte wohl noch nicht Anfang 2016 kommen.

Auch Köln und Münster haben die Absicht, die Gesundheitskarte einzuführen. Ein Beschluss der Stadtparlamente steht aber noch aus. Die Millionenstadt Köln rechnet nach einer Einführung mit Mehrkosten von etwa einer Million Euro pro Jahr. „Die Gewinner sind die Flüchtlinge", sagte ein Sprecher. Und für Ärzte werde die Abrechnung einfacher. Das freut Mediziner wie den Mainzer Professor Gerhard Trabert. Der Sozialmediziner versorgt in Rheinland-Pfalz einmal die Woche die Hilfsbedürftigen mit einem „Arztmobil" direkt vor Ort. Für ihn sind diese Hausbesuche „auch Willkommenskultur". Trabert fordert die Gesundheitskarte ohne Einschränkungen, um „auch chronische Krankheiten zu behandeln". Für den Arzt ist eine Gesundheitskarte „auf gar keinen Fall eine Motivation der Flüchtlinge, zu uns zu kommen, das stimmt einfach nicht", widerspricht er Kritikern der Karte.

> **„Nordrhein-Westfalen nimmt eine Vorreiterrolle unter den Ländern ein."**
>
> Michael Scheffler (SPD)

SPD-Fraktion unterstützt Einführung

Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) erwartet in NRW rund 180 000 Asylbewerber, die für die Gesundheitskarte in Frage kommen. Das neue Modell habe für die übrigen Versicherten „keine Folgen". Für die Krankenkosten der Flüchtlinge kommen weiterhin die Kommunen auf. Zusätzliche Patienten könne das NRW-Gesundheitssystem gut verkraften, die Gefahr eines „Arzttourismus" durch Flüchtlinge sehe Steffens nicht. Außerdem zeigen die Erfahrungen in Bremen: Die Zahl der Arztbesuche steigt nicht.

Die SPD-Fraktion im Landtag unterstützt die flächendeckende Einführung der Gesundheitskarte, für die sich auch ihre Ministerpräsidenten und Kommunalpolitiker einsetzen. „NRW nimmt eine Vorreiterrolle unter den Ländern ein", erklärt Michael Scheffler (SPD). „Mit der Gesundheitskarte erleichtern wir nicht nur den Zugang zu professioneller medizinischer Versorgung." Der sozialpolitische Sprecher im NRW-Landtag ist überzeugt: „Auch der anfallende Verwaltungsaufwand wird wesentlich verringert."

Das sehen einige Rathäuser anders: So lehnt etwa die Stadt Euskirchen das Modell aus Kostengründen ab. Die Gegner weisen darauf hin, dass das derzeit praktizierte Verfahren solidarisch von allen Kommunen des Kreises getragen wird. Wenn eine Gemeinde aber die Gesundheitskarte favorisiert, müsste sie monatlich pro Person eine Kostenpauschale für das Bereitstellen der Karte von mindestens zehn Euro vorstrecken, zuzüglich acht Prozent der jeweils erbrachten Leistung. Derzeit fällt lediglich eine Verwaltungskostenpauschale von fünf Prozent an. Demnach zahlen die Kommunen künftig einen pauschalen Abschlag für erwartete Behandlungskosten monatlich bis 200 Euro pro Person an die Krankenkassen. Und es könnten höhere Kosten anfallen, wenn die Flüchtlinge aufwändige medizinische Maßnahmen erhalten.

FOTO: DPA

Nischen nutzen

Studenten entwickeln Ideen für modulares und nachhaltiges Bauen

Autorin Karin Billanitsch

Der leere Raum auf Flachdächern oder ungenutzten obersten Parkdecks, ungenutzte Grundstücke in Schrebergärten, stillgelegte Eisenbahnstrecken und Eisenbahnwaggons: Das sind die ungewöhnlichen Orte, die es den Architekturstudenten von Professor Jörg Friedrich an der Fakultät für Architektur und Landschaft der Leibnitz Universität Hannover angetan haben. „Das Entwurfsprojekt ‚Refugees Welcome' stellt die Aufgabe, lebenswert und bezahlbar für Flüchtlinge Unterkünfte zu bauen, jenseits von Container-Unterkünften", sagt der wissenschaftliche Mitarbeiter und Architekt Peter Haslinger.

> **„Klimaschutz und bezahlbares Wohnen besser in Einklang bringen."**
>
> Michael Groschek, NRW-Baunminister

ENTWURF: SIMON BECKMANN, TASSILO GERTH, SINJE WESTERHAUS, INSTITUT FÜR ENTWERFEN UND GEBÄUDELEHRE, PROFESSOR FRIEDRICH

Den Raum auf Flachdächern nutzen: eine Idee von Studenten der Uni Hannover

„Wir haben das Projekt vor über einem Jahr begonnen, zunächst mit Blick auf Flüchtlinge. Doch geht es nicht unbedingt nur um Flüchtlingsunterbringung, sondern darum, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen", erläutert Haslinger. Wenn man kreativ denke, gebe es sehr viel Potenziale in der Stadt. Die Studenten sollten zunächst einmal Visionen ohne Denkbarrieren entwickeln. „Wir wollen für den mittelfristigen Bedarf nachhaltige Lösungen anbieten", sagt Haslinger.

Auch die Politik hat erkannt, dass die Wohnungswirtschaft vor der riesigen Herausforderung steht, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, vor allem in attraktiven, urbanen Zentren. So haben in NRW vor kurzem das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und das „Bündnis für Wohnen" der Wohnungswirtschaft eine Wohnungsbauoffensive gestartet. 120 000 neue Wohnungen sind das Ziel. Bauminster Michael Groschek sprich sich für einen neuen Baugebietstyp „urbanes Gebiet" aus.

„Die europäische Stadt war und ist durch Dichte und Mischung gekennzeichnet. Mischung meint sowohl die funktionale Mischung – also das Nebeneinander von unterschiedlichen Nutzungen – als auch die soziale Mischung", sagt Groschek. Die rechtlichen Rahmenbedingungen ermöglichten bislang aber nur eingeschränkt das Nebeneinander von Wohnen und Gewerbe, so der Minister. „Damit wird der Bau zusätzlicher Wohnungen in urbanen Zentren oft erschwert."

„Urbanes Gebiet"

Ein neuer Baugebietstyp „urbanes Gebiet" könne hier für Abhilfe sorgen. Groschek: „Es eröffnet Optionen für mehr Spielraum für Lösungen vor Ort, um zusätzliches Bauland zu schaffen, eine weitere funktionale Mischung und eine höhere bauliche Dichte als in den bereits heute möglichen Mischgebieten zu ermöglichen. Mit diesem Baulandgewinn bekommen unsere Großstädte mehr Handlungsoptionen". Allerdings sollen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholt werden. „In vielen Siedlungen der 60er und 70er Jahre wurden zwar hohe bauliche Dichten erreicht, ohne jedoch gleichzeitig die Durchmischung der unterschiedlichen Nutzungen im Blick zu haben und damit auch den unterschiedlichen Anforderungen an Stadt gerecht zu werden. Das neue Baugebiet verfolgt beides: Dichte und Mischung", so Groschek.

Nicht Randzonen bebauen, sondern eingebettet in die Infrastruktur der Städte Nischen finden, nachverdichten und höher bauen: Genau das ist das Ziel der Studenten in Hannover. Sie entwickeln bewegliche Module und Einheiten, mit denen „Normierung und serielle Fertigung, aber gleichzeitig auch Varianz" erreicht werden, erläutert Architekt Haslinger.

Beispiel Parkdecks: „Die obersten zwei, drei Etagen werden kaum genutzt, weil die Wege zu weit sind." An zwei Beispielen in Hannover soll gezeigt werden, wie man mit beweglichen Wohnmodulen Nutzungen „stapeln" kann: Unten Parkhaus, oben Wohnräume, die man vergrößern oder verkleinern kann, nach Bedarf. „Es gibt verschiedene Systeme und Materialien, die wir untersuchen; wir sind in Kontakt mit der Industrie, zum Beispiel mit Holzbauern. Drei bis vier Prototypen wollen wir selbst bauen und unsere Erfahrung weitergeben. So soll ein Prototyp für Dachaufbauten auf das Dach der Architekturfakultät gestellt werden. Haslinger ist überzeugt: Im Rahmen eines kommunalen Unterbringungskonzeptes können die Entwürfe der Hannoveraner Projektgruppe eine Rolle spielen. Container sind teuer und mittlerweile nicht zu bekommen", erklärt er. „Wir zeigen Wege auf, wie es auch anders geht."

Keine Abstriche beim Brandschutz

Viele Akteure im Wohnungsbau fordern darüber hinaus, rechtliche Vorgaben, die das Bauen verteuern oder verzögern, zu überarbeiten. Allerdings ist der Baustandard beim Neubau von geförderten Flüchtlingswohnungen etwa in NRW bereits an einzelnen Stellen abgesenkt worden, sagt Bauminister Michael Groschek. Er nennt ein Beispiel: So müssten Investoren bei der Schaffung von neuem Wohnraum nicht zwangsläufig die heute geforderten Balkone anbringen, sondern nur entsprechende technische Vorbereitungen zur Nachrüstung treffen.

„Beim Brandschutz oder der Gefahrenabwehr werden dagegen weiterhin keine Abstriche gemacht", unterstrich der Minister. Darüber hinaus begrüßte er den Entschluss der Bauministerkonferenz in Dresden Ende Oktober, dass eine strukturelle Neukonzeption der Energieeinsparverordnung (EnEV) und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes (EEWärmeG) im Jahr 2016 notwendig seien. „Wir wollen Klimaschutz und bezahlbares Wohnen besser miteinander in Einklang bringen", so Groschek.

Weitere Informationen „Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur, Hg. Jürgen Friedrich, Simon Takasaki, Peter Haslinger, Oliver Thiedmann, Christoph Borchers, Jovis Verlag,2015

Integration von klein auf

Der Bedarf an Kita-Plätzen steigt. Ob die zugesagten Millionen des Bundes für Kinderbetreuung ausreichen, ist offen

Autor Carl-Friedrich Hoeck

Tobias Hannig weiß, was frühkindliche Bildung für die Integration leisten kann. Er leitet den Kindergarten „Haus der kleinen Naturforscher“ im brandenburgischen Sedlitz. Seit drei Jahren arbeitet die Einrichtung verstärkt mit einer nahe gelegenen Asylbewerberunterkunft zusammen: Eltern, die dort wohnen, können ihr Kind in die Kita geben. Dort spielt der Nachwuchs aus deutschen und eingewanderten Familien zusammen. „Das Spannende ist“, sagt Hannig, „dass das für die Kinder noch gar kein großes Thema ist.“ Als Spielpartner würden alle Kinder gleich akzeptiert, auch wenn sie noch kein Deutsch sprechen. Hannig: „Die Kinder werden für eine offene Kultur, für ein Leben mit ganz vielen Facetten geprägt.“

Gleicher Rechtsanspruch

Wenn die nach Deutschland geflüchteten Menschen langfristig in die Gesellschaft integriert werden sollen, kommt den Kindertagesstätten eine wichtige Rolle zu. Klar ist bereits: Der Bedarf an Kita-Plätzen steigt. Kinder von Asylbewerbern und Flüchtlingen haben den gleichen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz wie alle anderen auch: Sobald sie das erste Lebensjahr vollendet und „rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einer Kommune begründet haben“, wie das Bundesfamilienministerium mitteilt. Also dann, wenn die Familie einen Asylantrag gestellt und die Erstaufnahmeeinrichtung verlassen hat.

„Wichtig ist, dass die Flüchtlingsfamilien mit den Familien vor Ort bei der Suche nach einem freien Kita-Platz nicht konkurrieren müssen“, betont Stephan Articus, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags. Die Städte hätten beim Ausbau der Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren viel geleistet. Jetzt müssten sich Bund und Länder an den Investitionskosten und an den zusätzlichen Betriebskosten beteiligen, die den Kommunen durch den Zuzug entstehen. Hinzu komme ein zusätzlicher Aufwand für die Sprachförderung.

Im Bundesfamilienministerium macht man dazu folgende Rechnung auf: Geht man von 800 000 Flüchtlingen aus, die in diesem Jahr nach Deutschland kommen, werden rund 70 000 neue Kitaplätze benötigt. Allein die jährlichen Betriebskosten hierfür beziffert das Ministerium auf mehr als 500 Millionen Euro. Der Bund will nun die Mittel, die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werden, den Ländern zur Verfügung stellen, damit sie die Kinderbetreuung ausbauen können. Im kommenden Jahr fließen so 339 Millionen Euro an die Länder, bis 2018 soll die Summe auf 870 Millionen Euro steigen. Ob das ausreicht, ist offen. Ein Ministeriumssprecher sagt auf Anfrage der DEMO, die Gesamtkosten für die Versorgung von Kindern mit Flüchtlingserfahrung in Kitas ließen sich bisher nur schätzen.

Geld für zusätzliches, auf Traumatherapien oder Sprachunterricht spezialisiertes Personal erhält der Sedlitzer Kindergarten bisher nicht. Trotzdem gelingt es den Mitarbeitern, die Sprachbarrieren zu überbrücken. „Wir arbeiten viel mit Bebilderung, auch Gestik und Mimik spielen eine große Rolle“, erklärt Hannig. Zum Beispiel können die Kinder morgens oft selbst entscheiden, an welchen Ort die Gruppe an diesem Tag einen Ausflug machen soll – indem sie Bilder von dem Ort malen. So klappt die Verständigung – und mit etwas Zeit lernen die Kleinen so auch die Sprache. Eng wird es aber, wenn jemand mal etwas mehr Aufmerksamkeit benötigt. „Es gab Fälle, da hat die Eingewöhnung nicht funktioniert, und das Kind wurde auch nicht verstanden“, berichtet der Kita-Leiter. Die Reizüberflutung, dazu vielleicht schlimme Erlebnisse auf der Flucht, das kann ein Kind überfordern. „Da wäre eine zusätzliche Kraft gut, damit es langsam in die Gruppe integriert werden kann“, sagt Hannig.

> **„Als Spielpartner werden alle Kinder gleich akzeptiert.“**
>
> Tobias Hannig

Von der Politik wünscht sich Hannig mehr Unterstützung. Dort scheint man das Problem erkannt zu haben. Das Bundesfamilienministerium fördert bereits rund 4000 Kitas bundesweit mit dem Programm „Schwerpunkt-Kitas Sprache und Integration“. 2016 startet das Nachfolgeprogramm „Sprach-Kitas“, das noch stärker auf die besonderen Bedarfe von Flüchtlingskindern ausgerichtet ist. Die teilnehmenden Einrichtungen erhalten Geld für zusätzliche Fachkräfte. Bis zu 100 Millionen Euro pro Jahr investiert der Bund hierfür.

Wie das Familienministerium betont auch der Städtetag: Kitas fördern nicht nur die Integration der Kinder, sondern auch die ihrer Eltern. Während die Kinder betreut werden, können sie Sprach- und Integrationskurse besuchen, eine Ausbildung oder einen Job beginnen. „Den Städten ist es wichtig, wenn die Eltern es wünschen, rasch Angebote der Kinderbetreuung zu machen“, sagt Hauptgeschäftsführer Articus.

FOTO: THOMAS IMO / PHOTOTHEK

Garderobe einer Kindertagesstätte: Frühkindliche Bildung spielt eine Schlüsselrolle bei der Integration.

Herausforderung im Klassenzimmer

Flüchtlingskinder sprechen viele Sprachen, aber kein Deutsch. Lehrer stehen vor einer große Aufgabe

Autor Carsten Wittmaack

Anke Shoukry in „ihrer" gemischten DaZ-Klasse, die den Grundschülern aus aller Herren Länder „Deutsch als Zweitsprache" vermittelt.

Seit rund acht Jahren gibt es an der Itzehoer Fehrs-Schule eine DaZ-Klasse. Das Kürzel steht für „Deutsch als Zweitsprache". Die damalige Schulrätin des Kreises Steinburg war auf der Suche nach einer Grundschule, die sich für das DaZ-Projekt interessierte und stieß mit ihrer Idee bei Rektorin Kerit Christensen-Schultz-Collet auf offene Ohren. Es war die Zeit, als viele Spätaussiedler aus Russland nach Deutschland strömten. Etliche von ihnen sprachen kaum oder gar kein Deutsch, entsprechend wichtig war die DaZ-Klasse für den Integrationsprozess der Kinder.

Daran hat sich bis heute nichts geändert – nur dass es nun die vielen Flüchtlingskinder sind, die im DaZ-Unterricht Deutsch lernen. Bis zu zwölf Jungen und Mädchen sollte die DaZ-Klasse an der Fehrs-Schule ursprünglich aufnehmen. Aktuell lernen 22 Kinder die Basis der deutschen Sprache. „Die Kinder fühlen sich hier sicher und werden von Beginn an in das Schulleben eingebunden. An der Grundschule im Nachbarort wurde eine weitere DaZ-Klasse eröffnet – was vorläufig für ein wenig Entspannung an der Fehrs-Schule sorgte. „Es ist aber wohl nur eine Frage der Zeit, wann wir wieder bei 27 oder 28 Schülern sind", sagt Christensen-Schultz-Collet. Täglich treffen neue Kinder ein, die in der DaZ-Klasse ihre ersten deutschen Wörter lernen.

Klassenlehrerin Anke Shoukry ist seit vier Jahren „Chefin" der Neuankömmlinge. Syrien, Afghanistan, Schwarzafrika, Osteuropa: Die DaZ-Kinder sind eine bunt gemischte Gruppe. 22 Kinder aus allen Teilen der Welt im Alter von sechs bis elf Jahren individuell und dem jeweiligen Leistungsstand entsprechend zu fördern, ist ein Kunststück. Doch Shoukry geht nach wie vor mit großem Engagement zu Werke, gibt aber auch zu, dass das Projekt „einfacher mit weniger Schülern war".

Nun soll der DaZ-Unterricht weiter ausgebaut werden. „Einige unserer einstigen DaZ-Schüler sind jetzt sogar auf dem Gymnasium", sagt die Rektorin. Die meisten Kinder seien „sehr kontaktfreudig" und würden Hilfe dankbar annehmen.

Dem stimmt auch Anke Shoukry zu. Nach dem Unterricht werde gemeinsam gegessen, eine Schulsozialarbeiterin nehme sich der oftmals traumatisierten Kinder an, am Nachmittag stünden dann diverse Projekte von Fußball bis Töpfern auf dem Plan. Dabei kämen die DaZ-Schüler auch mit ihren deutschen Altersgenossen in Kontakt, so dass eine Ausgrenzung der „Neuen" bewusst vermieden werde. Der Schulförderverein half von Beginn an mit, dass die DaZ-Kinder das Ganztagsangebot kostenfrei nutzen konnten. Inzwischen schießt auch die Stadt Geld zu.

ZUM THEMA

10

DaZ-Klassen hat der Kreis Steinburg (Schleswig-Holstein) aktuell, eine elfte ist in Planung. Im Februar 2015 waren es nur drei. Vier Klassen richten sich an Grundschulkinder, vier an Kinder der Sekundarstufe I (5. bis 10. Klasse), und zwei an beide Altersstufen.

QUELLE: EIGENE RECHERCHEN

Rektorin der Itzehoer Fehrs Schule: Kerit Christensen-Schultz-Collet

FOTO: WITTMAACK

Kreise suchen Lehrer mit Zusatzqualifikation

Für Flüchtlingskinder, die neu im Kreis Steinburg eintreffen, ist das Sozialamt der erste Ansprechpartner. Dann werden die Kinder sofort an der nächstgelegenen Schule angemeldet. Der Anmeldeschein geht an den Schulrat, und es werden die Deutschkenntnisse ermittelt. Daraufhin erfolgt je nach Bedarf eine DaZ-Empfehlung. „Eigentlich sollen in unseren DaZ-Klassen maximal zwölf Kinder für ein Jahr mit 25 Wochenstunden sitzen", sagt Schulrat Arnold Rehder. Doch aufgrund des Flüchtlingsansturms sei es aktuell auch möglich, dass Kinder deutlich früher in die Regelklasse integriert werden können.

Weil auch das Land die Bedeutung der DaZ-Klassen erkannt habe, weise Kiel regelmäßig neue Lehrerplanstellen aus. Doch für viele Kreise „ist es schwierig, geeignete Lehrer zu finden", gibt Rehder zu. Diese sollten eine einjährige Zusatzqualifikation absolviert haben. Die Klassenräume für den DaZ-Unterricht müssen die Schulen zur Verfügung stellen. Deshalb sei es beispielsweise an der Fehrs-Schule aus Platzgründen auch nicht möglich, „einfach drei oder vier DaZ-Klassen einzurichten". Zurzeit würde das Land alle zwei Monate im Schulamt die Zahl der DaZ-Zentren und DaZ-Schüler abfragen, um den Überblick zu behalten.

Über den Aufbau und die inhaltliche Arbeit von DaZ-Zentren informiert das Bildungsportal Schleswig-Holstein. Hier gibt es auch eine Seite, auf der „Materialien" zu finden sind. Detailliert wird auf der Internetseite das DaZ-Mehrstufenmodell beschrieben. (http://daz.lernnetz.de)

Wer tiefer in das Thema eintauchen möchte: An Lehrkräfte, Studierende und Mitarbeiter der Verwaltungen wendet sich die Fachzeitschrift „Deutsch als Zweitsprache", die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge redaktionell betreut und herausgegeben wird. Die Beiträge behandeln sprachwissenschaftliche, didaktische und methodische Fragen aus dem Fachbereich Deutsch als Zweitsprache. (www.paedagogik.de.)

Der 17-jährige Amadou gehörte zu den ersten, die in die Jugendhilfeeinrichtung Halfeshof in Solingen einzogen.

Tausende Kinder ohne Eltern auf der Flucht

Die Ankunft vieler unbegleiteter Minderjähriger fordert Bundesländer und Kommunen. Auch Netzwerke und engagierte Freiwillige stehen den Jugendlichen zur Seite

Autoren Karin Billanitsch und Maicke Mackerodt

Sie kommen allein an, vielleicht weil sie auf der Flucht von ihren Eltern oder Geschwistern getrennt wurden. Manche haben die Reise ins Ungewisse auch angetreten, weil ihre Familien für ihre Flucht gespart haben. Sie hoffen darauf, dass ihrem Nachwuchs hier eine glücklichere Zukunft bevorsteht. Mehr als 30 000 Kinder und Jugendliche haben sich laut Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (BumF) 2015 nach Deutschland durchgeschlagen.

Betreuung am Ankunftsort

Bisher galt die Devise, wo ein jugendlicher Flüchtling erstmals ankommt, dort wird er von der Jugendhilfe betreut und weitervermittelt. Das sollte ihm nach einer anstrengenden Fluchtgeschichte weiteren Stress ersparen. Doch wird die Verteilung nun anders organisiert, damit sich die Verantwortung nicht auf bestimmte Regionen konzentriert, die nun an ihre Grenzen stoßen. Am 1. November ist das geänderte Kinder- und Jugendhilfegesetz in Kraft getreten. Seitdem werden Schutz suchende Jugendliche nach den Qoten des Königsteiner Schlüssels auf Kommunen bundesweit verteilt. Während manche ihr Soll bereits erfüllt haben, kommt auf andere Städte, Kreise und Gemeinden die Aufgabe zu, angemessene Einrichtungen aufzubauen, Personal einzustellen und zu qualifizieren und die Versorgung sicherzustellen. Der Bundesfachverband geht davon aus, dass vor allem die Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt und NRW vestärkt junge Menschen aufnehmen werden.

Beispiel NRW: Nach der alten Regelung wurden alle unbegleiteten Kinder und Jugendliche zunächst auf sieben Jugendämter verteilt: Aachen, Dortmund, Köln, Bielefeld, Wuppertal, Düsseldorf und Bonn. „Sie sind die schutzbedürftigste Gruppe der Flüchtlinge“, betont NRW-Familienministerin Ute Schäfer (SPD) in einer Anhörung im Landtag. Bisher wurde mehr als die Hälfte der 8500 (Stand 1. November) Kinder und Jugendlichen von diesen sieben Großstädten versorgt. Diese Praxis hat in NRW indes zu Häufungen in Aachen, Bielefeld oder Dortmund geführt.

Der 17-jährige Amadou (Name geändert) aus Eritrea gehörte zu den ersten Flüchtlingen, die vor gut einem Jahr in Wuppertal ankamen und in die Jugendhilfeeinrichtung Halfeshof in Solingen einzogen. Im September 2014 war dort die erste Wohngruppe für zwölf auf sich allein gestellte Flüchtlinge eröffnet worden. „Amadou war mit dem Zug gekommen. Das war damals die üblich Route“, erinnert sich der Leiter vom Halfeshof, Ben Repp. „Amadou war von der Bahnhofsmission aufgegriffen worden und über das Jugendamt Wuppertal zu uns in den Halfeshof gekommen.“ Der Halfeshof ist eine Jugendhilfeeinrichtung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR).

„NRW ist ein aufnehmendes Land“

Künftig ist das Landesjugendamt des LVR für die Verteilung zuständig. „NRW ist ein aufnehmendes Land. Zunächst verteilen wir die minderjährigen Flüchtlinge auf alle 186 Jugendämter in NRW“, so LVR-Jugenddezernent Lorenz Bahr. „Das wird nicht gleich perfekt laufen und ist für alle ein Lernprozess.“ Jeder Neuankömmling wird vom Jugendamt des Ankunftsortes in Obhut genommen. Innerhalb von sieben Tagen wird versucht zu klären, ob sich zum Beispiel weitere Verwandte in Deutschland aufhalten. Erst wenn der Aufenthaltsstatus feststeht, entscheidet die Landesstelle NRW, welches Jugendamt künftig verantwortlich ist.

Für Flüchtlinge wie Amadou in Solingen gilt: Wer bereits soziale Bindungen

„Es ist ein Lernprozess für alle“, meint LVR-Jugenddezernent Lorenz Bahr.

IN ZAHLEN

30 000

Kinder und Jugendliche haben sich in die Bundesrepublik durchgeschlagen.

6500

junge volljährige Flüchtlinge erhalten Leistungen der Jugendhilfe.

QUELLE: BUNDESFACHVERBAND UNBEGLEITETE MINDERJÄHRIGE FLÜCHTLINGE

FOTOS: LOTHAR KORNBLUM / LVR, LVR

Junge Flüchtlinge leben etwa bei Pflegefamilien oder in Jugendhilfeeinrichtungen.

FOTO: CARSTEN REHDER, DPA

hat und zur Schule geht, der darf bleiben, wo er jetzt lebt. „Wir haben zusätzlich 50 Plätze geschaffen und sind für den Winter gerüstet“, so Halfeshof-Leiter Ben Repp. Bis Mitte nächsten Jahres will der Halfeshof bis zu 30 Sozialpädagogen neu einstellen. Amadou hat sich in seinem Zimmer von der monatelangen Flucht gut erholt, in der Integrationsklasse in Solingen schnell Deutsch gelernt und spielt im regionalen Fußballklub. Zurzeit macht der 17-jährige eine Ausbildung zum Schreiner. Ben Repp: „Es gibt eine hohe innere Zustimmung, sich fortzubilden, das gilt als etwas Besonderes, was sich die Jugendlichen unbedingt aneignen möchten.“

„Dramatische Entwicklung“

600 Kilometer weiter nördöstlich, in Berlin, sind die Behörden fast am Rande ihrer Kapazitäten angelangt, wenn es darum geht, die Ankömmlinge unterzubringen. Bei ihrer Ankunft nimmt sie die Senatsjugendverwaltung in Obhut. In der Hauptstadt müssen sie zeitweise sogar in Hostels untergebracht werden. 3700 junge Menschen sind 2015 neu aufgenommen worden (2014: 1084). „Das ist eine dramatische Entwicklung“, sagt Ilja Koschembar, Sprecher der zuständigen Senatorin für Jugend und Familie. Oberste Priorität sei, Obdachlosigkeit zu vermeiden. „Das haben wir geschafft“, so Koschembar. Die Senatsjugendverwaltung hat jetzt ihr Personal verstärkt, um die Situation besser zu meistern: Anfang November hat Ingeborg Junge-Reyer (SPD) – bis 2011 Senatorin für Stadtentwicklung – als neue Flüchtlingskoordinatorin angefangen. Sie koordiniert die Unterbringung und Versorgung der Minderjährigen.

Einige Jugendliche können in Pflegefamilien vermittelt werden, andere leben in Jugendhilfeeinrichtungen, wie etwa Jugendheimen. Das zuständige Jugendamt Steglitz-Zehlendorf bestellt auch Vormünder. Oft dauert es mehrere Monate, bis das Jugendamt einen Vormund findet. „Alleineingereiste Minderjährige haben ein Recht auf gesetzliche Vertretung“, erläutert Claudia Schippel. Sie ist Koordinatorin des Berliner Projektes Akinda, das auf die Vermittlung von ehrenamtlichen Vormündern spezialisiert ist.

„Uns gibt es seit 20 Jahren, weil es für unbegleitete Minderjährige aus unserer Sicht eine Alternative zu den Amtsvormundschaften geben sollte“ sagt Schippel. Um bis zu 50 Mündel müsse sich ein amtlich bestellter Vormund kümmern, vor 2011 war die Zahl sogar noch weitaus größer. Doch die Jugendlichen, die frisch hierherkommen, sind verstört, verunsichert. „Es gibt einen großen Bedarf nach einer persönlichen Vertrauensperson“, weiß Schippel. Sie brauchen eine konstante Bezugsperson, die sich für ihre Bedürfnisse und Interessen einsetzt. Oft würden sie nur in Gruppen wahrgenommen.

Weil die Vormünder normale Bürgerinnen und Bürger sind, sucht Akinda sie sorgfältig aus und bereitet sie auf die Aufgabe in Gesprächen und Schulungen vor. Sie müssen auch ein erweitertes Führungszeugnis vorweisen. Die Wartelisten bei Akinda sind lang.

Bei Anne-Katherine Hein hat es geklappt. Sie ist seit einem Jahr Vormund eines Mündels aus Kenia. Wichtig sei „Sensibilität für fremde Kulturen, Offenheit, andere Menschen mit ihren Eigenheiten zu akzeptieren. Ich versuche immer, gemeinsam mit meinem Mündel, einem knapp 16-jährigen Mädchen, einen Weg zu finden und in ihrem Sinn zu handeln.“ Zeit muss ein Vormund auch erübrigen können: „Mehrmals im Monat, zur Zeit alle zwei Wochen, treffen wir uns, schreiben über WhatsApp und telefonieren auch.“ Anne-Katherine Hein hat ihr Mündel bei der Schulwahl beraten, sie zu Beratungsgesprächen zu einer Rechtsanwältin begleitet, hat ein Auge auf die Wahl einer geeigneten Krankenkasse. „Wir verstehen uns sehr gut“, sagt die junge Frau. Akinda steht Vormündern wie ihr bei Bedarf während der ganzen Vormundschaft beratend zur Seite. Beim Vormund wohnen die Mündel nicht; „der Vormund soll einen neutralen Blick mitbringen“, sagt Hein.

„Die Priorität ist, Obdachlosigkeit zu vermeiden. Das haben wir geschafft.“

Ilja Koschembar, Sprecher der Berliner Senatorin für Jugend und Familie

Mehr Information

http: www.lvr.de;
http://xenion.org/angebote/akinda
http: www.b-umf.de

Anzeige

Unterbringung Phase II

Übersicht auf Knopfdruck durch IT-gestütztes Belegungsmanagement

Bisher lag der Fokus vieler Städte und Landkreise auf der Bewältigung des operativen Tagesgeschäfts. Es wurden Flüchtlingsunterkünfte und Personal organisiert und Verwaltungs- und Kommunikationsstrukturen auf- und ausgebaut. In der Phase II geht es jetzt darum diese Strukturen zu optimieren, um schneller und mit weniger Personaleinsatz agieren zu können.

Ein wichtiger Lösungsbaustein hierfür ist ein IT-gestütztes Belegungsmanagement. Dieses System schafft stadt- und landkreisweite Transparenz über die aktuelle Belegungssituation auf Knopfdruck. Es kann an existierende Systeme auf Landesebene und an Verwaltungsprogramme der Unterkunftsbetreiber (z.B. DRK, Caritas, Johanniter) angeschlossen werden.

Der Unterkunfts-Planer 2 von arxes-tolina bietet ein leistungsstarkes und modulares Belegungsmanagement. Die Lösung basiert auf einem bereits in zehn Bundesländern etablierten Belegungsmanagement und wurde auf die Asylthematik entsprechend angepasst.

arXes-tolina
Engineering IT Software Consulting

Weitere Informationen erhalten Sie unter solutions@arxes-tolina.de und unter Tel. 030/26 47 45-117 (Ansprechpartner Herr Thomas Baier)

Jugendzentren öffnen Türen

Landkreis Friesland möchte junge Flüchtlinge im Rahmen der Demografie-Strategie der Bundesregierung integrieren

Autor Ulf Buschmann

Für die jungen Leute aus dem Landkreis Friesland hat sich etwas Neues aufgetan. Als sie nämlich jüngst in Berlin waren, kamen sie mit Gleichaltrigen ins Gespräch. Aber nicht etwa aus Köln oder Erfurt, sondern aus Syrien – es waren Flüchtlinge. Seitdem steht für sie fest: Sie möchten für diese Menschen etwas tun. „Die Offenheit bei den Jugendlichen ist da", sagt Sandra Gudehus, Jugendpflegerin des Landkreises Friesland.

Der Nachwuchs bestimmt mit

Er gehört zu den vier Regionen, die in die Demografie-Strategie der Bundesregierung eingebunden sind. Vor diesem Hintergrund nutzen die Beteiligten dort die Chance, junge Flüchtlinge auf diesem Wege in die Gesellschaft zu integrieren.

Dies alles geschieht im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft „Jugend gestaltet Zukunft". Das Besondere: Der Nachwuchs bestimmt die Richtung beziehungsweise die Umsetzung der Ideen mit. Dies sei besonders wichtig, „um die in Friesland ankommenden Flüchtlingsfamilien in ihrer Orientierungsphase zu begleiten", sagt Nicole Karmieres, Pressesprecherin des Landkreises. In diesem Rahmen sollten auch für die Jugendlichen gezielte Angebote entstehen. Dies gelte sowohl für begleitete als auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlingen. „Es ist wichtig, die Strukturen für Jugendliche mit Migrationshintergrund zu öffnen", ergänzt Gudehus.

Jugendliche auf dem Deich bei Hooksiel im Kreis Friesland. Der Landkreis plant gemeinsame Aktivitäten von jungen Einheimischen und Zuwanderern.

Gemeinsame Aktivitäten

Auf der praktischen Ebene geschieht das alles zum Beispiel durch gemeinsame Aktivitäten in Jugendzentren. Und wenn es etwas zu diskutieren und zu beschließen gibt, sollen die jungen Zuwanderer genauso an diesen Prozessen beteiligt werden, wie ihre deutschen Altersgenossen. Karmieres sagt: „Die Wünsche und Ziele der Flüchtlinge sind im Fokus, um ein möglichst auf ihre Bedürfnisse angepasstes Angebot zu entwickeln. Ziel ist, die jungen Flüchtlinge frühzeitig zu erreichen und sie in ihrer neuen Lebensphase zu begleiten."

Mit dieser Strategie wollen die Friesländer loslegen, wenn die Jugendlichen mit ihren Familien dezentral untergebracht sind und sich dort dauerhaft an die neue Umgebung gewöhnen müssen. „Dann", so Sprecherin Karmieres, „beginnt die Integration und so auch die Ansprache der Kinder".

Weitere Informationen
www.friesland.de
www.bundesregierung.de

Bezugspersonen aufbauen

Flüchtlingszuwanderung erfordert neue Wege in der kommunalen Jugendarbeit – ein Beispiel aus Schwanewede

Autor Ulf Buschmann

Neu denken und bisweilen andere Wege gehen, heißt es angesichts der Flüchtlingszuwanderung in der kommunalen Jugendarbeit. Diese Erkenntnis hat sich unter anderem in Schwanewede durchgesetzt. Die 20 000-Einwohner-Gemeinde im Norden Bremens setzt in der Jugendarbeit schon seit rund 20 Jahren auf dezentrale Angebote in den zwölf Ortschaften. Angesichts der neuen Lage haben die Verantwortlichen um Jugendpfleger Jörg Heine noch ein Stück weitergedacht.

In erster Linie versuchen sich die Mitarbeiter auf die Lebensgewohnheiten der Flüchtlinge einzustellen. Das bedeutet, dass sie versuchen, für die jungen Leute eine Bezugsperson aufzubauen. „Das können Lehrer, Trainer in den Vereinen oder auch die Hausmeister in der Schule sein", sagt Heine. In den Fortbildungen, Gesprächen und Erfahrungsaustauschen habe sich gezeigt, dass Menschen aus muslimisch geprägten Kulturkreisen nur Ratschläge von Menschen annehmen, die sie kennen. Projekte wie etwa Schwimmenlernen und Fahrradfahren seien deshalb eines der Instrumente, den neuen Mitbürgern eine Bezugsperson zu vermitteln.

Auf die Flüchtlinge haben sich jedoch nicht allein die Mitarbeiter der Gemeinde eingestellt, im Gegenteil: Auch in den Vereinen geschieht schon jetzt recht viel. Unter anderem bieten die Sportler der Gemeinde den Flüchtlingen verschiedene Aktivitäten an, die in einer der Erstunterkünfte des Landes Niedersachsen, in der erst im September geräumten ehemaligen Lützow-Kaserne untergekommen sind. Derzeit sind es 1200, aber es dürften in den kommenden Wochen weitere Menschen hinzukommen.

> **„Das können Lehrer, Trainer in den Vereinen oder auch die Hausmeister in der Schule sein.**
>
> Jugendpfleger Jörg Heine

Flüchtlingsarbeit wird abgestimmt

Um die Arbeit mit den Flüchtlingen abzustimmen, treffen sich überdies die Mitglieder des Präventionsrates der Gemeinde regelmäßig. Dort stimmen Vertreter der Vereine und Verbände, der Gemeinde, aber auch der Polizei ihr Vorgehen und ihre Zusammenarbeit ab. Den Input gibt es hierbei in erster Linie von den Mitarbeitern der Jugendpflege. „Deshalb", so Heine, „sind wir zurzeit verschärft auf Seminaren." Seine Erkenntnis: „Der Weg ist das Ziel!"

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA

Mit dem Flüchtlingszustrom stehen Länder und Kommunen vor langfristigen Herausforderungen

Wie die Telekom helfen kann

Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, stellt Politik und Behörden nahezu täglich vor neue Aufgaben. Die Politik muss angesichts der gewaltigen Zahlen kurzfristig die Leitlinien der Flüchtlings- und Integrationspolitik der nächsten Jahre festlegen und gleichzeitig akute Lösungen für eine bessere Erstversorgung in Gang setzen. Länder und Kommunen haben dagegen täglich logistische und praktische Probleme bei Erstversorgung, Registrierung, Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zu bewältigen. Den Kommunen ist zudem bewusst, dass mittel- und langfristig die Hauptaufgabe darin besteht, Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft vor Ort auf kommunaler Ebene zu integrieren.

Fast überall benötigen Kommunen deshalb sehr kurzfristig mehr Personal. Schaut man in die Stellenausschreibungen, suchen sie personelle Unterstützung, etwa im Sozialamt, im Schulamt, in der Liegenschaftsverwaltung, bei zentralen Aufgaben und in der allgemeinen Verwaltung u.v.m.

Ein Beispiel: Wie viele Kommunen in Deutschland muss auch die Stadt Osnabrück Flüchtlinge aufnehmen, unterbringen, mit Lebensnotwendigem versorgen sowie für Integrationsmöglichkeiten sorgen. Der Oberbürgermeister der Stadt Osnabrück, Wolfgang Griesert, hat von Beginn an die Ziele klar gesetzt: keine Unterbringung in Turnhallen oder Zelten, möglichst eine dezentrale Wohnunterbringung, eine schnelle Versorgung mit Kitaplätzen, ein umfassendes Angebot von Sprachkursen sowie die rasche Integration der anerkannten Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt.

Die Stadt Osnabrück hat deshalb zusätzliche Stellen ausgeschrieben, unter anderem in der Ausländerbehörde. Hier hat zum 1. Dezember eine Telekom-Mitarbeiterin einen neuen Arbeitsplatz erhalten, zunächst in sechsmonatiger Abordnung. Eine Versetzung ist bereits für Juni 2016 geplant.

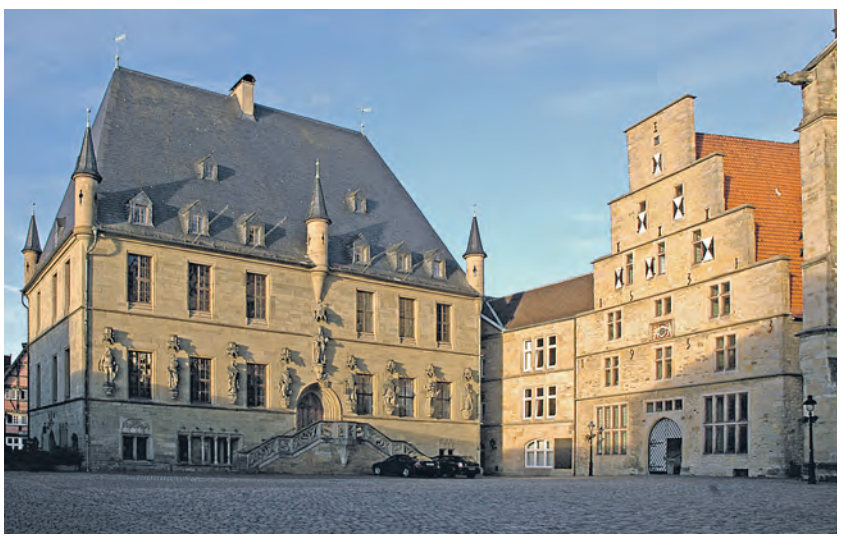
Die neue Kollegin unterstützt sowohl die Beratung von Ausländerinnen und Ausländern als auch die Antragsbearbeitung von Dokumenten, Reisepässen etc. In der Meldebehörde ist sie als Sachbearbeiterin mit den genannten Aufgaben eingestellt.

Die Leiterin des Fachbereichs Personal und Organisation, Karin Detert, ist sehr froh, dass die Telekom ihr schnell eine geeignete Kandidatin vorstellen konnte. „In der Vergangenheit hatten wir bereits einige Mitarbeiter der Deutschen Telekom im Einsatz und auch übernommen. Daher bin ich zuversichtlich, dass auch diesmal fachliche Qualität und Chemie stimmen. Zudem waren der kurze Draht und die langjährige Kundenbeziehung zu Vivento, dem Personaldienstleister der Telekom äußerst hilfreich. Denn nur so konnten wir unkompliziert und schnell die neue Kollegin einsetzen."

Wie Osnabrück geht es allen Bundes-Landes- und kommunalen Behörden, die derzeit die gewaltigen Aufgaben in der aktuellen Situation zu stemmen haben. Auch das Land Bremen suchte vor kurzem rund 100 Verwaltungsfachleute mit abgeschlossener Berufsausbildung und Verwaltungserfahrung. Die Telekom konnte über Serviceleister Vivento auch hier Personal, etwa für das Stadtamt aber auch für andere Ämter, vorstellen. Der Auswahlprozess läuft.

Die Vermittlung von Personal zu Kommunen und anderen Behörden gehört seit über zehn Jahren zum Kerngeschäft der Telekomtochter. Daneben hat bereits im September Telekom Personalvorstand Christian P. Illek unter riesigem Zuspruch der eigenen Mitarbeiter ein Gesamtpaket „Telekom hilft Flüchtlingen" ins Leben gerufen. In dem umfassenden Programm versorgt die Telekom Flüchtlingsunterkünfte mit WLAN und hilft Behörden bei der Suche nach geeigneten Gebäuden. Zusätzlich entsendet sie mit Hilfe von Vivento geeignete Mitarbeiter zum „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge", welches derzeit für eine Vielzahl von neuen Standorten neues Personal sucht. Zudem wird ein neues Flüchtlingsportal refugees.telekom.de aufgebaut und das ehrenamtliche Engagement der eigenen Mitarbeiter gefördert und unterstützt.

Liesel Pusacker



Rathaus der Stadt Osnabrück

Über Vivento

Vivento ist ein Serviceunternehmen der Deutschen Telekom AG und seit 2003 am Markt aktiv. Sitz ist Bonn (Zentrale). Überall in Deutschlandunterstützt Vivento Behörden, Länder und Kommunen auf dem Weg in die Zukunft – mit qualifiziertem Fachpersonal und erfahrenen Management-Experten sowie umfassender Lösungs- und Projektkompetenz. Ein Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit sind effiziente und maßgeschneiderte Personallösungen in den Bereichen Prozess-Outsourcing, Projektmanagement und Fachpersonal. Als Betreiber von Interamt bietet Vivento der öffentlichen Verwaltung Zugriff auf ein effizientes Bewerbermanagement-Tool, das als einzige Plattform in Deutschland Bundes-, Landes- und kommunale Behörden vernetzt.

www.vivento.de

„Wir sind in einer Verantwortungsgemeinschaft“

Frank Baranowski, Gelsenkirchener OB und SGK-Vorsitzender in NRW, fordert Geld und mehr Gestaltungsfreiheit

Interview Karin Billanitsch

Herr Baranowski, rund eine Million Flüchtlinge wird 2015 kommen, so lauten die neuen Prognosen. Bereits jetzt haben 40 Kommunen in NRW per Überlastungsanzeige signalisiert, dass sie es nicht mehr schaffen. Was muss passieren, damit das System nicht kollabiert?

Wir scheinen die Million zu übertreffen, wie es aussieht. – Doch es redet niemand darüber, dass diese Entwicklung am 1. Januar 2016 weitergeht. Vor diesem Hintergrund ist völlig klar, wenn die Kommunen signalisieren, dass es in diesem Tempo nicht weitergehen kann. Wir brauchen als Kommunen schlichtweg eine Atempause. Die Infrastruktur muss angepasst werden. Wir müssen überhaupt erst einmal Bilanz ziehen, wie viele Menschen überhaupt in unseren Städten leben – es sind ja noch nicht alle registriert. Und wir müssen dringend über Integration reden.

Gibt es in der Realität eine Atempause für die Kommunen?

Ich muss gestehen: Auch ich habe nicht alle Antworten. Wir brauchen dringend die europäische Lösung. Wir brauchen dringend das, was die Bundesregierung angekündigt hat: eine deutlich größere Verteilung in Europa. Das darf nicht bis zum Sankt-Nimmerleinstag dauern, sonst werden die Belastungen für die Kommunen zu groß, und sie können sie nicht mehr stemmen.

Blicken wir auf die Menschen, die schon hier sind und die in nächster Zeit kommen werden: In Gelsenkirchen haben Sie im Haushalt 2016 die Kosten für Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zu 100 Prozent dem Land und dem Bund zugerechnet. Sind diese Kosten denn nicht von der zugesagten Pauschale (670 Euro pro Flüchtling und Monat) gedeckt?

Im Moment reden wir von Prognosen. Wir können gar nicht absehen, wie die Kosten letztlich aussehen werden. Wir müssen zunächst davon ausgehen, dass die Zuweisung von Bund und Ländern die Kosten deckt. Ich gehe weiter davon aus, dass wir in einer Verantwortungsgemeinschaft sind: Das heißt, wenn die Bundeskanzlerin sagt „Wir schaffen das“, dann kann sie nicht sich alleine meinen oder jene, die in Berlin von einer Talkrunde in die nächste springen, sondern sie muss auch die Städte, Landkreise und Gemeinden meinen, die die Herausforderungen vor Ort bestehen müssen und auch wollen. Und wenn das die Arbeitsteilung ist, dann müsste auch klar sein: Wenn am Ende bei den Kommunen finanziell etwas überbleibt, dann müssen wir nachverhandeln, damit diese Kosten auch gedeckt werden.

> **„Das klingt jetzt schlicht, aber wir brauchen Geld und Freiheiten, Dinge zu organisieren.**
>
> Frank Baranowski

Wenn es um die mittel- und längerfristige Integration der Menschen mit Bleibeperspektive geht: Was genau brauchen die Kommunen, um die großen Aufgaben zu stemmen?

Das klingt jetzt schlicht, aber wir brauchen Geld und Freiheiten, Dinge zu organisieren. Je mehr wir die Möglichkeit haben zu improvisieren, desto mehr können wir auch umsetzen. Wir müssen auch einfach Dinge machen können und diese dann möglichst pragmatisch am Ende abrechnen. Ein Beispiel sind Schulen und Kindergärten. Hier brauchen wir mehr Gestaltungsfreiheit. Möglich wäre, die Kommunen für eine Übergangszeit von einigen Standards zu entbinden.

Trotz aller Widrigkeiten: Wie kann man den Flüchtlingen ein gutes Ankommen ermöglichen?

Wir brauchen eine Willkommenskultur mit klaren Leitplanken. Das passiert zurzeit an ganz vielen Stellen in Deutschland, hauptamtlich und ehrenamtlich. Aber es ist nicht damit getan, dass wir Willkommen sagen, den Menschen ein Dach über dem Kopf und etwas zu Essen geben. Am Ende stellt sich die Frage, wie wir die Menschen integrieren.

Den Fehler, den wir schon einmal gemacht haben, als die Arbeitsmigranten aus der Türkei und anderen Ländern kamen und wir meinten, Integration sei kein Thema – den Fehler wollen wir kein zweites Mal machen. Es muss Sprachangebote, Kinderbetreuung, Schulen geben, es müssen die Kapazitäten ausgeweitet werden. Und auch dafür bedarf es einer Integrationskonzeption aus einer Hand.

Es treibt mich schon ein bisschen um, dass wir vor Ort in den Kommunen sehr stark bündeln, aber auf den anderen staatlichen Ebenen nach wie vor das Schubladendenken vorherrscht. Jedes Ministerium macht ein eigenes Förderprogramm, teilweise sind die Förderprogramme nicht kompatibel. Die Bundesländer haben Förderprogramme, die dann auch wieder nicht kompatibel sind. Und anstatt vor Ort die Flüchtlinge mit unserem Personal betreuen zu können, müssen wir zusätzliche Mitarbeiter abstellen, um die einzelnen Förderprogramme zu koordinieren. Es passt noch an vielen Ecken nicht. Auch das ist ein Grund, warum die Kommunen mit an den Verhandlungstisch von Bund und Ländern gehören, denn sie sind die Einzigen, die wissen, wie die Situation vor Ort angegangen werden muss.

„Wir können gar nicht absehen, wie die Kosten letztlich aussehen werden.“ Frank Baranowski, hier während einer Pressekonferenz in Berlin

FOTO: BUNDES-SGK/BLEICKER

Weitere Informationen

Unter www.demo-online ist das Interview mit Oberbürgermeister Frank Baranowski in voller Länge zu lesen.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION

Perspektiven schaffen

Sprachkenntnisse und ein Arbeitsplatz sind wichtige Schlüssel für die Integration von Flüchtlingen. Deshalb sollen sie leichter Zugang zu Bildung und Arbeit erhalten

Autor Rüdiger Veit

Ein Ziel der SPD-Fraktion ist es, mehr Menschen in Arbeit zu vermitteln. Das gilt für Flüchtlinge ebenso wie für diejenigen, die schon lange in Deutschland leben und bisher vergeblich eine Arbeit gesucht haben. (Archivbild von 2008)

FOTO: THOMAS TRUTSCHEL/PHOTOTHEK.NET

Im Zuge der größten Fluchtbewegungen seit dem Jahr 1950 suchen immer mehr Menschen in Deutschland Schutz vor Verfolgung, Krieg und Hunger.

Wir wissen, dass viele der jetzt zu uns kommenden Menschen nicht wieder gehen, sondern bei uns bleiben werden. Daher ist eine frühe Integration das Allerwichtigste: für die Flüchtlinge, damit sie so schnell wie möglich ein neues, selbstbestimmtes Leben beginnen können und für uns, damit sie so schnell wie möglich frei von Sozialleistungen werden, Kenntnis von unseren Werten und unserer Gesetzesordnung erlangen und sich als Bürger und Bürgerinnen einbringen können.

Ein Schlüssel für Integration ist ein Arbeitsplatz und der setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Daher hat die SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen im Zusammenhang mit dem ersten Asylpaket darauf gedrungen, dass der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive öffnet. Die Mittel dafür werden entsprechend erhöht.

Die zusätzlichen Mittel der Jobcenter kommen allen zugute

Es wird eine Vernetzung von Integrationskursen und berufsbezogenen Sprachkursen unter Einbeziehung der Bundesagentur für Arbeit geben. Kurzfristig sollen die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zugutekommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben.

Mit dem Ziel einer schnellen Integration wollen wir auch die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse beschleunigen. Dazu haben sich die Länder verpflichtet, 16 zusätzliche Stellen bei der länderübergreifenden Gutachtenstelle, der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB), zu schaffen und zu finanzieren.

> **„Die Entstehung eines Niedriglohnsektors für Flüchtlinge werden wir nicht zulassen.**
>
> Rüdiger Veit,
> Sprecher der AG Migration und Integration der SPD-Bundestagsfraktion

Integration in den Arbeitsmarkt, aber keine Dumpinglöhne

Anerkannte Asylberechtigte haben vollen Zugang zum Arbeitsmarkt. Bereits im Herbst letzten Jahres haben wir erreicht, dass Asylbewerber und Geduldete nach drei Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten können. Eine weitere Maßnahme, die wir jetzt ergriffen haben, um Flüchtlinge schneller in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist die Lockerung des Verbots der Leiharbeit für Asylbewerber und Geduldete. Bisher galt dies für die ersten vier Jahre des Aufenthalts in Deutschland. In Zukunft soll für Hochqualifizierte und Menschen in Ausbildungsberufen, in denen Fachkräftemangel herrscht, nach Ablauf der allgemeinen Wartefrist von drei Monaten für die Arbeitsaufnahme die Aufnahme einer Leiharbeit möglich sein.

Die Entstehung eines Niedriglohnsektors für Flüchtlinge werden wir allerdings nicht zulassen. Wir wollen keine Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge.

Unter den Flüchtlingen sind auch viele Kinder. Insbesondere diese wollen wir frühzeitig integrieren. Wir haben durchgesetzt, dass die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werdenden Gelder in die Verbesserung der Kinderbetreuung fließen. Das wird nicht nur den Flüchtlingskindern helfen, sondern allen Familien, die auf Betreuungsplätze angewiesen sind. Des Weiteren wird sich der Bund mit zusätzlichen 350 Millionen Euro an der Versorgung von unbegleiteten Kindern und Jugendlichen beteiligen. Diese brauchen eine besondere, auf ihre Bedürfnisse abgestimmte Betreuung und Versorgung.

V.i.S.d.P.:
Petra Ernstberger, Parlamentarische Geschäftsführerin,
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227-744 20,
petra.ernstberger@spdfraktion.de

Neues Projekt der SPD-Fraktion

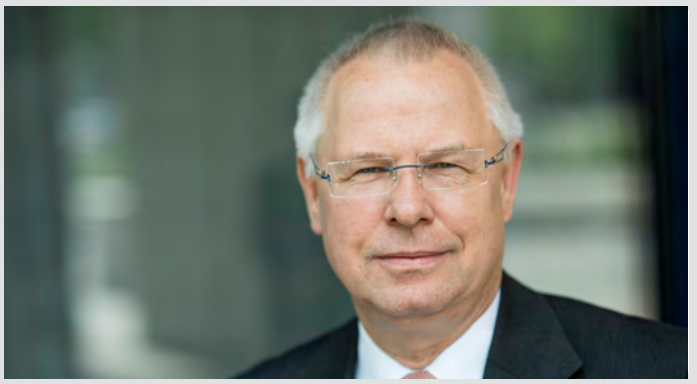
Gute öffentliche Daseinsvorsorge in der Fläche sichern

Um gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten, müssen Kommunen in der Lage sein, eine gute öffentliche Daseinsvorsorge anzubieten. Ein funktionierender öffentlicher Personennahverkehr, hochwertige Gesundheitsversorgung, gute Bildungs- und Kultureinrichtungen – all das darf nicht vom Wohnort abhängen. Viele Landkreise und Gemeinden sehen sich wegen der demografischen Entwicklung immer weniger imstande, den Menschen die Versorgung zu bieten, die sie erwarten. Damit findet die SPD sich nicht ab. Wie können wir eine gute öffentliche Daseinsvorsorge auch in strukturschwachen Räumen sicherstellen? Damit

Projektleiter Jens Zimmermann

beschäftigt sich das Projekt #Neuer Zusammenhalt der SPD-Bundestagsfraktion unter der Leitung von Jens Zimmermann. Ziel ist, zu verhindern, dass die Lebensverhältnisse in Deutschland immer weiter auseinanderfallen. Die Fraktion erarbeitet Wege, wie die Bundespolitik die Bedingungen für gleiche Teilhabechancen und gute Lebensqualität verbessern kann. Dazu sucht die Fraktion den Dialog mit Verantwortlichen in den Kommunen: Wie können wir regionale Benachteiligungen in den Wirtschaftsstrukturen und Lebensbedingungen abbauen? Welche guten Ideen und Lösungsvorschläge haben Sie vor Ort? Gibt es (rechtliche) Hürden und wie kann der Bund helfen, diese abzubauen?

Wir freuen uns auf Ihre Vorschläge!
Adresse: SPD-Bundestagsfraktion;
Projekt #NeuerZusammenhalt;
Platz der Republik 1, 11011 Berlin;
E-Mail: lucia.dietlmeier@spdfraktion.de
www.spdfraktion.de/projekt-zukunft/neuer-zusammenhalt



Standpunkt

Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Der demografische Wandel zeigt sich in vielen Fragen, eine ist die alternde Gesellschaft. Es ist gut und eine Errungenschaft unserer Zivilisation, dass die Lebenserwartung immer weiter steigt. Zugleich nehmen die damit verbundenen Fragen der Unterstützung alter Menschen zu. Was können wir tun, damit ältere Menschen ihren Lebensabend sozial integriert verbringen können? Die meisten wünschen sich dieses in ihrer angestammten Umgebung. Vieles wird dabei von den Familien und der Nachbarschaft geleistet. Diese Arbeit kann durch eine gute kommunale Seniorenarbeit und Pflegedienstangebote unterstützt werden. Den Kommunen kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Sie sind erster Ansprechpartner für betroffene Menschen und ihre Familien. Eine zwischen den Pflegekassen, anderen Leistungsträgern und den Kommunen abgestimmte Beratungsinfrastruktur kann den Rahmen dafür schaffen, dass viele der pflegebedürftigen Menschen auf eine stationäre Versorgung verzichten können. Darüber hinaus geht es auch um ein Wohnumfeld das alternsgerecht und an den Bedürfnissen älterer Menschen ausgerichtet ist.

Ausweitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Im Bundestag wurde aktuell das Pflegestärkungsgesetz II beschlossen. Dabei geht es vor allem um die Erweiterung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Pflegebedürftigkeit bezog sich bisher vor allem auf körperliche Beeinträchtigungen und wurde deshalb pflegebedürftigen Menschen mit kognitiven oder psychischen Beeinträchtigungen – etwa demenziell Erkrankten – nur zum Teil gerecht. Deshalb ist die Ausweitung des Begriffes auch gut so. Nicht gut ist, dass offen geblieben ist, wie sich diese Veränderung auf die Frage der finanziellen Belastung der verschiedenen Kostenträger unter Berücksichtigung auch der benachbarten Systeme der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege im SGB XII auswirken wird.

Mehrbelastungen müssen ausgeglichen werden

Während in der Begründung zum Gesetzentwurf noch von Entlastungen der Kommunen ausgegangen wird, kommen andere Experten unter Hinzurechnung der Mehraufwendungen in der benachbarten Sozialhilfe zu erheblichen Mehrbelastungen für die Kommunen. Das muss ausgeglichen werden. Wenig enthält das Gesetz indes auch bezüglich der Frage, wie die Kommunen unterstützt werden sollen. Die hierzu gemachten Vorschläge einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe fanden keinen Eingang in das Gesetzesvorhaben. Der Bundesgesundheitsminister verweist auf ein weiteres Gesetz, dass noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Dabei muss erreicht werden, dass die Kommunen bei der Schaffung der richtigen Rahmenbedingungen für eine alternde Gesellschaft wirklich unterstützt werden.

Veranstaltungen der Bundes-SGK in 2016

Die zentrale Veranstaltung der Bundes-SGK im kommenden Jahr 2016 ist die Delegiertenversammlung am 22./23. April 2016 in Potsdam. Sigmar Gabriel und der Brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Darüber hinaus veranstaltet die Bundes-SGK in Springe wieder die Seminare „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen" (20./21. Mai 2016), „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen" (1./2. Juli 2016) und „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus" (14./15. Oktober 2016). Weitere Infos zur Delegiertenversammlung folgen in der nächsten Ausgabe der DEMO. Interessenten/innen können sich bereits jetzt für die Delegiertenversammlung und die Seminare vormerken lassen und erhalten dann die Einladung für die entsprechende Veranstaltung zugesandt.

Mehr Informationen Ein entsprechendes Formular mit einer Übersicht aller Termine findet sich unter www.bundes-sgk.de unter dem Menüpunkt „Veranstaltungen und Seminare".

Ebling folgt auf Gönner als VKU-Präsident

Der Vorstand des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU) hat Michael Ebling zum neuen Präsidenten gewählt. Der Oberbürgermeister von Mainz tritt sein Ehrenamt am 1. Januar an. Der Sozialdemokrat folgt damit auf seinen Parteigenossen Ivo Gönner. Der Oberbürgermeister von Ulm hat in seiner Heimat nicht erneut für die Wahl kandidiert. Gönner lobte seinen Nachfolger Ebling: „Als Mitglied im Präsidium des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Mainz ist er politisch vernetzt und kennt die verschiedenen politischen Ebenen bestens." *CFH*

Weitere Informationen: www.vku.de

Ebling auf dem DEMO-Kommunalkongress 2015

FOTOS: BUNDES-SGK, SPDFRAKTION.DE/S.KNOLL/F. JÄNICKE; INES MEIER

Bufdi-Sonderprogramm für Flüchtlinge

Der Bundesfreiwilligendienst ist zum 1. Dezember ausgeweitet worden. Zusätzlich zu den bestehenden 35 000 Plätzen stellt der Bund weitere 10 000 Plätze mit Flüchtlingsbezug zur Verfügung. Ab 2016 wurden dafür im Bundeshaushalt jährlich 50 Millionen Euro eingeplant. Für die Plätze bewerben können sich auch Asylberechtigte und Asylbewerber, die voraussichtlich längere Zeit in Deutschland bleiben dürfen. Kommunen können bereits die ersten Stellen beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben buchen. *CFH*

Mehr Infos: www.bundesfreiwilligendienst.de

Bund fördert Bildungskoordinatoren

Landkreise und kreisfreie Städte können sich von 2016 an um eine Förderung für die Stelle eines Bildungskoordinators bewerben. Das kündigt das Bundesbildungsministerium an. Die Koordinatoren sollen als zentrale Ansprechpartner die Bildungsangebote für Flüchtlinge vor Ort organisieren und aufeinander abstimmen. Voraussetzung ist, dass die Kommune ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement aufbauen möchte. Die jeweiligen Vorhaben sollen im Frühjahr oder Sommer 2016 starten. Die Förderung ist zunächst auf zwei Jahre ausgelegt. *CFH*

Mehr Infos: www.transferagenturen.de

Online-Datenbank zur Klimaschutz-Förderung

Programme zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen gibt es viele. Eine Online-Datenbank soll Kommunen nun helfen, den Überblick zu behalten. Bereitgestellt wird sie von der Deutschen Energieagentur (dena). Das Bundeswirtschaftsministerium fördert das Projekt. Mit einer Postleitzahlen-Suche lassen sich passgenaue Ergebnisse für die jeweilige Region finden. Die Datenbank listet daraufhin Förderprogramme von Bund, Ländern, der Europäischen Union sowie von Energieversorgern auf. Sie betreffen zum Beispiel die energetische Sanierung oder die Nutzung erneuerbarer Energien. *CFH*

Link zur Datenbank: www.energieeffiziente-kommune.de/service/foerdersuche/

Prävention vor Pflege

Eine Fachkonferenz der SPD-Fraktion zur Pflege diskutierte die Rolle der Kommunen

Autor Carl-Friedrich Höck

Kommunale Präventionsangebote können dazu beitragen, dass die Menschen im Alter länger selbständig leben können.

Bei der Organisation der Pflegestrukturen wird den Kommunen künftig eine größere Rolle zukommen. Eine Arbeitsgruppe von Bund- und Ländervertretern hat dazu erste Eckpunkte erarbeitet. Auf deren Grundlage soll demnächst ein neues Gesetz beraten werden. Was aber können Kommunen für die Pflege künftig konkret leisten? Und welche Voraussetzungen müssen dafür geschaffen werden? Mit diesen Fragen befasste sich eine Fachkonferenz in Berlin, zu der die SPD-Bundestagsfraktion am 23. November eingeladen hatte.

Der Kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion Bernhard Daldrup prognostizierte dort: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland wird von 2,5 Millionen heute auf 4,36 Millionen im Jahr 2050 steigen. Der Bund hat deshalb bereits eine umfassende Pflegereform eingeleitet. 2014 wurde das Pflegestärkungsgesetz I beschlossen, mit dem unter anderem die Leistungen für die Betroffenen und die Bedingungen für pflegende Angehörige verbessert wurden. Anfang 2016 soll das Pflegestärkungsgesetz II in Kraft treten. Mit diesem wird der Begriff der Pflegebedürftigkeit ausgeweitet. Geistige und psychische Beeinträchtigungen sollen genauso berücksichtigt werden wie körperliche Einschränkungen.

Beratungsstellen neben dem Aldi?

Jetzt habe man den Blick schon auf ein drittes Gesetz gerichtet, kündigte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Hilde Mattheis an. Im Koalitionsvertrag habe man sich verständigt, die regionale Pflegestruktur zu stärken. Dabei müsse gelten: „ambulant vor stationär, Prävention vor Pflege!"

Mattheis forderte mehr trägerunabhängige Beratungsstellen in den Kommunen, die zur gesamten Palette der Sozialgesetzbücher Auskunft geben können. Sie müssten dezentral „neben dem Aldi oder dem Tourismusbüro sein, sodass ich da schon mit 50 reingehe und nicht erst, wenn es zu spät ist." Ein gelungenes Beispiel schilderte Dagmar Schlapeit-Beck, Sozialdezernentin in Göttingen. In ihrer Stadt haben sich Stadtteilzentren etabliert, die gleich mehrere Aufgaben auf einmal angehen. Sie fördern die Integration, vernetzen die Anwohner und bieten neben Freizeitaktivitäten auch Renten- und Pflegepräventions-Beratungen an. Gerade aufgrund des Freizeitcharakters der Einrichtung werde auch die Beratung gut angenommen. Doch solche Angebote entzögen sich den gängigen Förderrichtlinien. „Die Finanzierung integrativer Stadtteilangebote stellt für uns Kommunen ein großes Problem dar: Sie werden meist als freiwillige Ausgabe angesehen", sagte Schlapeit-Beck.

> **„Die Finanzierung integrativer Stadtteilangebote stellt für uns Kommunen ein großes Problem dar."**
>
> Dagmar Schlapeit-Beck, Göttinger Sozialdezernentin

Die Finanzen waren auch ein zentrales Thema der abschließenden Diskussionsrunde. Der Geschäftsführer der Bundes-SGK Manfred Sternberg kritisierte, mit dem neuen Gesetz werde der Pflegebedürftigkeitsbegriff ausgeweitet, ohne alle damit verbundenen Punkte geklärt zu haben. „Wenn das für die Sozialhilfeträger einen Milliarden-Mehraufwand bedeutet, haben wir ein veritables Problem", warnte Sternberg. Der Bund dürfe die Reform nicht auf den Schultern der Kommunen durchwinken.

Auch der rheinland-pfälzische Gesundheitsminister Bernhard Scholten warnte, die politischen Ebenen dürften nicht aneinander vorbei agieren. Neben die Skepsis mischte sich aber auch Optimismus, dass die kommunale Selbstverwaltung mit den künftigen Reformen sogar gestärkt werden kann. Die Kommunen würden noch viel stärker in die Pflege einsteigen, wenn sie vom Gesetzgeber die entsprechenden Aufgaben übertragen bekommen, kündigte zum Beispiel Jörg Freese vom Deutschen Landkreistag an.

FOTO: UTE GRABOWSKY/ PHOTOTHEK.NET

„Unsere Werte beibehalten"

Der 10. DEMO-Kommunalkongress als wichtiger Treff für Entscheider aus Gemeinden, Kreisen und Städten

Autorin Karin Billanitsch

Gesine Schwan spricht auf auf dem DEMO-Kommunalkongress über die Aufgaben, die Kommunen morgen erwarten.

„Es ist wieder einmal die Ebene mit den schwächsten finanziellen Ressourcen, die die größte Aufgabe zugewiesen bekommt.

Michael Ebling

Seit ich mich mit Politik befasse ... wurde immer die Kommune als die Keimzelle der Demokratie propagiert. Da bilden sich die Persönlichkeiten heraus, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen." Gesine Schwan, Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission und ehemalige Präsidentin der Humboldt-Viadrina School of Governance, fand auf dem 10. DEMO-Kommunalkongress in Berlin die richtigen Worte, um die ungeteilte Aufmerksamkeit der zirka 400 Teilnehmer zu erhalten. „Die Kommunen können uns Hoffnung geben, dass Demokratie sich lebendig weiterentwickelt." Schwan bezog zur Flüchtlingskrise Stellung: „Ich glaube nicht, dass wir kurzfristig eine Lösung finden können, Flüchtlingsströme zu begrenzen, wenn wir unsere rechtsstaatlichen Werte beibehalten wollen."

Zwei Tage hatten die sozialdemokratischen Politikerinnen und Politiker Gelegenheit, sich auszutauschen und weiterzubilden. Dabei ging es – neben dem beherrschenden Thema Flüchtlinge – um wichtige Themen, die Kommunale derzeit umtreiben: intelligente Haushaltsführung und die föderalen Finanzbeziehungen, Sicherheit, demografischer Wandel oder interkommunale Kooperationen.

Deutliche Worte fand auch der Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling zur Flüchtlingskrise. Es sei wieder einmal die Ebene mit den schwächsten finanziellen Ressourcen, die die größte Aufgabe zugewiesen bekomme, kritisierte er. „Wenn die Bundeskanzlerin sagt, ‚wir schaffen das', kann sie nur an uns und nicht an ihre eigene Partei in der Bundesregierung gedacht haben", rief er und erntete einige Lacher und Beifall. Ebling ließ es sich nicht nehmen, dem DEMO-Kommunalkongress zum Jubiläum zu gratulieren: „Man spürt, wie gut es ist, dass es solche Foren gibt, wo engagiert diskutiert wird und Erfahrungen geteilt werden."

Wie werden die Kommunen finanziell entlastet? Diese Frage beantwortete der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Carsten Schneider zum Auftakt des zweiten Kongresstages. „Unser Ziel ist, dass die Kommunen nicht nur mit Nothilfemaßnahmen und Rotstift agieren, sondern auch noch gestalten können", sagte Schneider. Rund zehn Milliarden Euro zusätzlich stelle der Bund für kommunale Investitionen zur Verfügung. Bilkay Öney, Integrationsministerin in Baden-Württemberg berichtete, dass in ihrem Bundesland die Erstaufnahmeplätze für Flüchtlinge bis 2016 auf 20 000 erhöht werden sollten – diese Zahl habe man nicht nur erreicht, sondern sogar verdoppelt.

Mehr Informationen
www.demo-online.de

Michael Ebling, Mainzer Oberbürgermeister

Gut besucht: der 10. DEMO-Kommunalkongress in Berlin

FOTOS: INES MEIER

NWMD
Gesellschaft für
Kommunikation

MACH'S MIT GENOSSEN

Wir sind eine Tochter des Berliner vorwärts Verlags. Unser Spezialgebiet ist die politische Kommunikation.

Wir konzipieren und realisieren **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** und machen **mobile Kommunikation** möglich.

Unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur zielgenaue Kommunikation ankommt.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

info@nwmd.de | 030 740 731 672 | www.nwmd.de Network Media GmbH

Klaus Wowereit für sein Lebenswerk geehrt

Mit der festlichen Verleihung der DEMO-Kommunalfüchse ging der erste Kongresstag im Alten Wasserwerk (Foto oben) zu Ende. Für sein Lebenswerk ausgezeichnet wurde Klaus Wowereit. Als Regierender Bürgermeister hat er mehr als 13 Jahre die Geschicke Berlins gelenkt. Laudator Hajo Schumacher, Journalist und Mitautor der Memoiren Wowereits, würdigte ihn als Politiker, der seinen Aufstieg als Kind einer Kriegswitwe hart erarbeitet hat. Wowereit sei ein Instinktpolitiker: „Lernen kann man es nicht, man muss es haben." In seiner Dankesrede zeigte Wowereit seine Verbundenheit mit Berlin: „Die Kommune muss seinen Politiker lieben, und der Politiker seine Kommune – sonst wird das nichts." Die sozialdemokratische Kommunalakademie wurde für ihre Nachwuchs-Arbeit belohnt. Den Preis nahmen Yasmin Fahimi und SGK-Vorsitzender Norbert Bude entgegen. Der Preis für sein Engagement gegen Rechts ging an Landrat Michael Busch aus Coburg, der einen NPD-Parteitag verhindern konnte. (Fotos ganz rechts v.o.n.u.). *CFH, KBI*

Handlungsfähigkeit der Kommunen wieder herstellen

Kommune lokal: Die SPD-Kommunalen diskutierten über Haushaltsführung, Kooperationen und Rekommunalisierung

Autor Ulf Buschmann

Es gibt viele Ideen, doch das Geld fehlt an allen Ecken. Bund und Länder müssten endlich für eine angemessene Finanzausstattung von Städten und Gemeinden sorgen. Doch die Kommunen selbst müssen sich ebenso bewegen. Das klang beim DEMO-Kommunalkongress immer wieder durch. Die Workshops „Sparen und investieren – Elemente intelligenter Haushaltsführung", „Interkommunale Kooperation" und „Rekommunalisierung – Kommune als Unternehmen" waren entsprechend gut besucht.

Angesichts zahlreicher Aufgaben biete es sich an, dass sich kommunale Unternehmen in einigen Bereichen betätigen. Dies, so die Workshop-Teilnehmer und -Referenten dürfe sich allerdings nicht nur auf den Rückkauf von Stromnetzen konzentrieren. „Wir müssen den Horizont weiter spannen", sagte unter anderem Dr. Markus Hoschek, Vorstand der HEAG Holding AG aus Darmstadt. Gut geführte kommunale Unternehmen seien mindestens so gut wie private. Ein Beispiel aus der Praxis lieferte Andreas Bovenschulte, Bürgermeister der Gemeinde Weyhe, und ehemaliger Bremer SPD-Landesvorsitzender. Seine und die Nachbargemeinde Stuhr denken zurzeit darüber nach, eine gemeinsame kommunale Wohnungsbaugesellschaft zu gründen.

Das aber dürften nicht die einzigen Stellschrauben für die Kommunalfinanzen sein. Insbesondere vor dem Hintergrund des in weiten Teilen des Landes mehr mangelhaften Breitband-Ausbaus sei es angebracht, quer zu denken. Dazu gehöre natürlich auch die auskömmliche Ausstattung der Kommunen mit Geld.

In den Workshops wurde lebhaft diskutiert.

Und es müsse das Kooperationsverbot von Bund und Kommunen abgeschafft werden. Sabine Tischendorf, Expertin für Kommunal- und Landesfinanzen der SPD Brandenburg, forderte das Aussetzen der Schuldenbremse und das Auflegen von Konjunkturpaketen Schützenhilfe bekam die Brandenburgerin von Dr. Kirsten Witte von der Bertelsmann-Stiftung. Nicht nur wegen der Flüchtlinge, auch wegen des notwendigen Breitband-Ausbaus ist die „Diskussion über die schwarze Null völlig fehl am Platze", meinte Witte.

Schwierig ist es noch immer, interkommunale Kooperationen auf den Weg zu bringen, um Kosten zu sparen. Referenten und Zuhörer befanden: Dies sei praktisch nur möglich, wenn der finanzielle Leidensdruck zu groß oder die Zusammenarbeit von oben verordnet wird.

FOTOS: INES MEIER

Partnerschaften als Signal

Kommune international: Diskussionen in den Workshops „Flüchtlinge / Integration“ und „Internationale Städtepartnerschaften“

Autorin Karin Billanitsch

Unterbringung, Bildung, Teilhabe am öffentlichen Leben: Integration wird die wichtigste Aufgabe für Kommunen. Das wird deutlich im Workshop Zukunftsfeld Flüchtlinge / Integration. Münsters Flüchtlingsbetreuung hat dabei Vorbildcharakter: Sozialamtsleiterin Dagmar Arnkens-Homann berichtet, wie die Flüchtlinge in Gruppen mit maximal 50 Personen dezentral untergebracht werden. Wichtig ist: „Bei allen Standorten, die wir haben, prüfen wir auch die öffentliche Anbindung und ob es Kitas und Schulen gibt.“ Das erleichtert die Integrationsleistung, ist Arnkens-Homanns Erfahrung. Dem kann Sebastian Koch, Bürgermeister von Wenzenbach, Landkreis Regensburg, nur zustimmen: Auch der Landkreis setzt auf dezentrales Wohnen. Ein weiterer wichtiger Baustein von Integration, hier sind sich alle einig, ist die Arbeit. Potsdam hat ein „Bündnis für Beschäftigung“ initiiert, das Elona Müller-Preinsberger, Beigeordnete für Soziales, Gesundheit, Jugend und Ordnung, vorstellt. Wenn kommunale Vertreter, Wirtschaftsverbände und soziale Träger im Schulterschluss arbeiten, dann kann das große Potenzial in der Stadt besser gehoben werden, so der Gedanke.

Unter dem Stichwort „Kommune international“ gab es noch weitere Workshops zu Städtepartnerschaften und zur Förderung von Kommunen durch die Europäische Union. „Geht Integration einfacher, wenn eine Stadt zum Beispiel mit einer Städtepartnerschaft ihren regionalen Horizont erweitert?“, fragte Moderator Martin Kaufmann. Gabriele Goldfuß, Referatsleiterin für Internationale Zusammenarbeit der Stadt Leipzig, ist überzeugt: „Es gibt überall engagierte Bürger, die dafür einstehen, dass wir eine internationale Stadt sein wollen.“ Ulrike Hiller, Staatsrätin für Bundes- und Europangelegenheiten und Entwicklungszusammenarbeit in Bremen, gab den Rat, „sich sehr genau zu überlegen, was man mit einer Städtepartnerschaft erreichen will“. Filippo Smaldino-Stattaus aus Mühlenbecker Land in Brandenburg sieht in einer Städtepartnerschaft „ein Signal: Wir sind eine internationale Kommune und lassen uns nicht von den Schreiern niederpöbeln“.

FOTOS: INES MEIER

Hochkarätig besetztes Podium (v. l.): Dagmar Arnkens-Homann, Brigitte Döcker, Martin Kaufmann, Elona Müller-Preinsberger und Sebastian Koch

Kommune national

Erfahrungen und zahlreiche Tipps wurden auch im Workshop-Block „Kommune national“ ausgetauscht. Wie können Kommunen sicherer werden? Was müssen Städte und Gemeinden tun, um den demografischen Wandel zu meistern und eine gute Pflege im Alter zu sichern? Und was ist der aktuelle Stand in der Debatte um die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen? Das waren die Themen. Einen Bericht finden Sie auf *www.demo-online.de*

Anzeige

Minimieren Sie das Risiko von Bränden mit unseren Leistungen im vorbeugenden Brandschutz:

- Brandschutzsachverständige und -spezialisten für die Fachplanung und Fachbauleitung Brandschutz
- Brandschutzbeauftragte mit weitergehenden Qualifikationen für Ihr Unternehmen
- Brandschutzkonzepte, Sondergutachten, Qualitätssicherung und Optimierung im Brandschutz
- Unterstützung von Bauherren, Planern, Ausführenden und Behörden

Profitieren Sie von unserem Wissen und unserer langjährigen Erfahrung bei Ihnen vor Ort!

TÜV Rheinland Industrie Service GmbH
Tel. +49 1806 252535-1500*
Bautechnik@de.tuv.com

*20 ct./Anruf aus dem deutschen Festnetz, max. 60 ct./Anruf aus den deutschen Mobilfunknetzen.

www.tuv.com

TÜVRheinland®
Genau. Richtig.

Mit der Welt vernetzt: Ein leistungsfähiger Internetanschluss gehört faktisch zur modernen Daseinsvorsorge.

Privat reicht nicht

Ein flächendeckender Breitbandausbau kann nur mit Beteiligung der kommunalen Unternehmen gelingen

Autor Ivo Gönner, VKU-Präsident und Oberbürgermeister der Stadt Ulm

Report Breitband und E-Government

Ivo Gönner

Die Zukunft liegt in der digitalen Welt. Eine leistungsfähige Breitbandversorgung ist zentraler Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen um die Ansiedlung von Unternehmen und Familien. De facto gehört sie damit zur modernen Daseinsvorsorge. Dies ist auch Teil der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD. Die Bundesregierung will bis 2018 eine flächendeckende Versorgung mit 50 Mbit/s erreichen. Hierfür ist kommunales Engagement unverzichtbar. Das 2018-Ziel ist aber nur ein Zwischenziel. Den stetig steigenden Bandbreitenbedarf kann mittelfristig nur ein flächendeckender Glasfaserausbau decken. Hierfür stehen die Kommunen und ihre Unternehmen schon heute.

Die Liberalisierung war vor allem in Ballungszentren ein Erfolg

Der Telekommunikationsmarkt und damit auch der Breitbandausbau sind seit rund 15 Jahren liberalisiert. Erstmals erfolgt damit der Ausbau einer volkswirtschaftlich so wichtigen Infrastruktur im Wettbewerb. Die Liberalisierung war in vielerlei Hinsicht erfolgreich: Die Dienstleistungen und Produkte sind besser und die Preise niedriger als bei der Deutschen Post. Vor allem in Ballungszentren ist die Versorgung sehr gut und Kunden können zwischen mehreren Anbietern wählen.

Auf dem Land funktioniert der privatwirtschaftliche Ausbau nicht

Auf dem Land ist das oft anders. Der Netzausbau ist hier aufgrund weiter Strecken und wenigen potenziellen Kunden wesentlich teurer als in Ballungszentren. Die Refinanzierung beträgt 15 bis 20 Jahre und ist damit für rein privatwirtschaftliche Unternehmen nicht attraktiv. Anleger von börsennotierten Unternehmen können solche Investments schlicht nicht goutieren.

Kommunale Unternehmen haben ein anderes Selbstverständnis, was die Gewährleistung und Bereitstellung von Infrastruktur, insbesondere von solchen der Daseinsvorsorge, angeht. Zudem sind sie seit jeher langfristige Refinanzierungszyklen „gewohnt“ und verfügen über hohe lokale Infrastrukturkompetenz. Schließlich wissen die Kommunen, dass sie nur mit einer flächendeckenden Breitbandversorgung in der digitalen Welt Schritt halten können. Vor diesem Hintergrund übernehmen immer mehr kommunale Unternehmen Verantwortung für ihre Region und engagieren sich im Breitbandausbau. Aktuell sind 140 von ihnen aktiv, weitere planen den Einstieg. Bis 2018 werden sie 1,7 Milliarden Euro in den Glasfaserausbau investieren und 6,3 Millionen Haushalte versorgen können. Dies zeigt: Die kommunalen Unternehmen zahlen unmittelbar auf das 2018-Ziel der Bundesregierung ein.

Sehr ländliche Gebiete sind gleichwohl nur mit Fördermitteln erschließbar. Mit der Bereitstellung von rund zwei Milliarden Euro für den Breitbandausbau in weißen Flecken setzt die Bundesregierung ein wichtiges Signal. Die Förderbedingungen würdigen bisheriges kommunales Engagement und können weiteres forcieren. Es ist gut, dass nicht nur die einmalige Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke förderfähig ist, sondern auch kommunale Betreibermodelle. Hierbei bauen Kommunen oder ein Zweckverband ein Glasfasernetz aus und verpachten es an einen Betreiber. Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich beider Modelle muss berücksichtigen, dass der von Betreibermodellen verfolgte Glasfaserausbau zwar zunächst kostenintensiver, aber auch nachhaltiger ist als die bloße Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke.

Faire Investitionsbedingungen für alle Marktteilnehmer notwendig

In der Debatte um Exklusiv-Rechte für die Telekom zum Einsatz von Vectoring im Hauptverteiler-Nahbereich ist klar: Ein solches Exklusiv-Recht leistet keinen Beitrag zur Erreichung des 2018-Ziels, denn die Gebiete um die Hauptverteiler sind in der Regel bereits gut versorgt. Der flächendeckende Glasfaserausbau würde durch die Übergangstechnologie Vectoring allerdings verzögert und getätigte Investitionen der Wettbewerber entwertet. Die Bundesnetzagentur muss weiterhin für faire Investitionsbedingungen für alle Marktteilnehmer sorgen. Nur so kann der flächendeckende Breitbandausbau gelingen.

Und es gibt noch einen Aspekt, der zu berücksichtigen ist: Obwohl ein Breitbandanschluss faktisch zur modernen Daseinsvorsorge gehört, wird er nicht im Gleichklang mit Strom, Gas, Wasser oder Abwasser behandelt. Auch im Gemeindewirtschaftsrecht der Länder bestehen unterschiedliche Schwellen für kommunales Tätigwerden. Sicher liegt auch hier eine Hemmschwelle für noch mehr kommunales Engagement im Breitbandausbau. Auch hier gibt es also Handlungsbedarf.

FOTO: VEGE/FOTOLIA, STADT ULM

Mehr Informationen:
www.vku.de

Glasfaser für alle!

Wie Kommunen Fördermittel richtig nutzen können

Autorin Meike Austen, B H V S M Bremer Heller Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, Hannover

Die Versorgung mit breitbandigem Internet ist in ländlichen Gebieten besonders schwierig, weil hohen Ausbaukosten geringe Einnahmen entgegenstehen und für private Anbieter der Eigenausbau daher nicht wirtschaftlich ist. Die öffentliche Hand hat jedoch Möglichkeiten, auch den ländlichen Raum mit schnellem Internet zu versorgen und so die Attraktivität der betroffenen Gebiete zu steigern. Hierfür können Fördermittel von Bund, Ländern und EU in Anspruch genommen werden.

Aktuell stellt der Bund über die am 22.10.2015 erlassene Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ zwei Milliarden Euro unter anderem aus der Digitalen Dividende II zur Verfügung. Danach wird der Breitbandausbau in zwei Modellen gefördert: Neben der Deckung der Wirtschaftlichkeitslücke kommt das sogenannte Betreibermodell in Frage. Hierbei baut die öffentliche Hand ein (passives) Netz und verpachtet dies an einen privaten Anbieter. Die öffentliche Hand erhält Fördermittel in Höhe von bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben (in Ausnahmefällen auch mehr), hinzu kommen günstigere Zinskonditionen bei der Aufnahme von Fremdmitteln. Daraus ergeben sich geringere Investitionskosten für die öffentliche Hand. Diese werden durch Zahlung eines Pachtzinses durch den privaten Anbieter gedeckt, der aufgrund der geringeren Investitionskosten günstiger bemessen werden kann als die Kosten, die der Private beim Eigenausbau hätte. Dadurch wird das Vorhaben für beide Seiten wirtschaftlich.

Das finanzielle Risiko ist gering

Für die öffentliche Hand bietet dieses Modell den weiteren Vorteil, dass es steuerlich neutral ist, da kein Betrieb gewerblicher Art entsteht und trotzdem die Vorsteuer auf die Bauleistungen geltend gemacht werden kann. Da der Ausbau jeweils nur dann erfolgt, wenn eine für die Kostendeckung erforderliche Mindest-Kundenanzahl gewonnen wurde, ist die Reinvestition gesichert und die Risiken werden minimiert. Um den Verwaltungsaufwands zu reduzieren und die Attraktivität des Vorhabens zu steigern können die handelnden Gemeinden und Landkreise sich zuvor, etwa durch Gründung eines Zweckverbandes, zusammenschließen und so das Ausbaugebiet vergrößern.

Da für die Beantragung von Fördermitteln nach Maßgabe der Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland“ umfangreiche Nachweise erbracht werden müssen – unter anderem die Ergebnisse eines Markterkundungsverfahrens sowie ein Wirtschaftlichkeitsvergleich und ein Finanzierungsplan – empfiehlt sich eine rechtzeitige Vorbereitung des Antrags. Hierfür können, ebenfalls aus der Richtlinie, zusätzlich Fördermittel für Beraterkosten in voller Höhe bis zu 50 000 EUR in Anspruch genommen werden.

26,1%

der Haushalte in ländlichen Gemeinden verfügen über einen Breitbandanschluss mit mindestens 50 Mbit/s.

QUELLE: ERHEBUNG DES TÜV RHEINLAND IM AUFTRAG DES BMVI, STAND MITTE 2015

Weitere Informationen
www.wr-recht.de/breitband.php

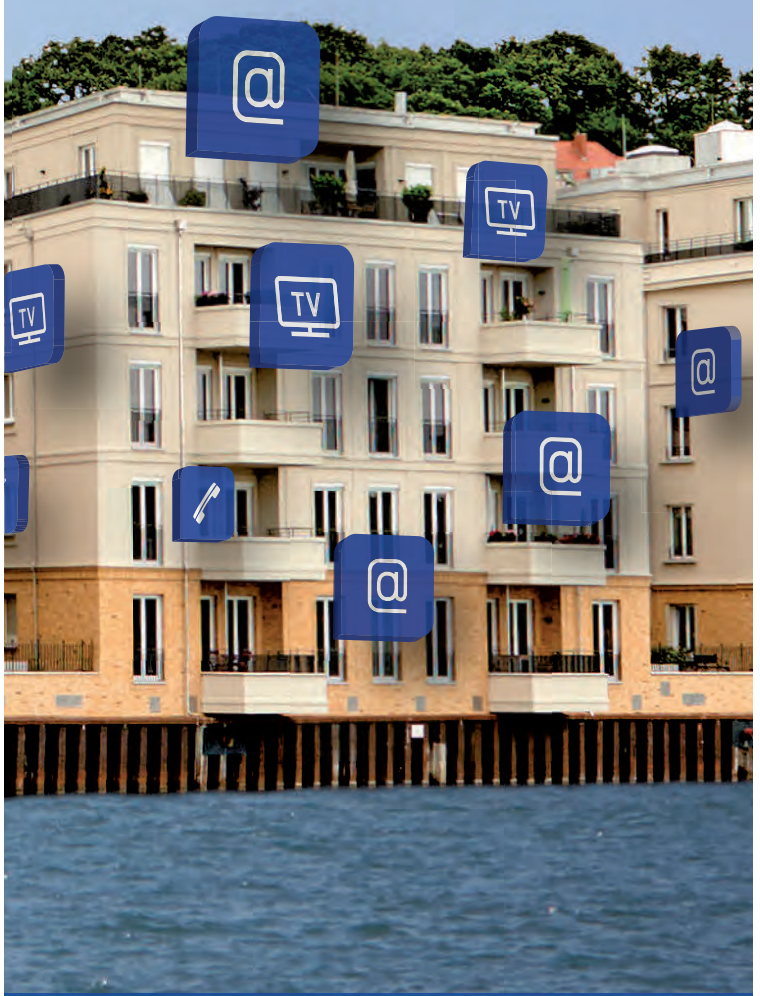
Anzeige

Anzeige

www.rftkabel.de

„… das Wesentliche ist für die Augen unsichtbar.“

Antoine de Saint-Exupéry



Mit dem Ausbau von hochmodernen und effizienten Glasfasernetzen generiert **RFT kabel** leistungsstarke und zukunftssichere Breitband-Telekommunikationsstrukturen für Kommunen, die Wohnungswirtschaft und Unternehmen.

Als mittelständisches & inhabergeführtes Unternehmen bietet **RFT kabel** zudem umfassende und technologie-orientierte Services im Bereich der Breitbandkabeltechnik - alles aus einer Hand.

DER ANSCHLUSS MIT ZUKUNFT
regional . flexibel . transparent

RFT kabel®

Potsdam: Optimierte FTTH-Lösungen für die Wohnungen in der “Speicherstadt”.

Der Dolmetscher ist in zwei Minuten da

Als erste deutsche Kommune setzt Potsdam bei Gesprächen mit Asylbewerbern auf online zugeschaltete Sprachmittler

Autor Harald Lachmann

Woche für Woche nimmt Potsdam derzeit 94 Menschen in Not auf. Sie kommen aus Syrien, Eritrea, Somalia, anderen arabischen Staaten – und nur die allerwenigsten von ihnen sprechen deutsch. So geraten die Beschäftigten der städtischen Fachverwaltung, die mit ihnen die Erstaufnahmegespräche führen, meist schnell an ihre Grenzen, wenn sie Anträge bearbeiten und Sozialhilfe gewähren sollen. Lange versuchten sie dann, sich „mit Handzeichen, auf Englisch oder Französisch über den Tag zu retten“, weiß Elona Müller-Preinesberger (parteilos), die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung in der brandenburgischen Landeshauptstadt. Das sei aber „nicht sehr komfortabel gewesen, weder für die Mitarbeitenden noch für die betroffenen Bürgerinnen oder Bürger“.

Zuwanderung hat in Potsdam Tradition – das verpflichtet

Dabei steigen die Zahlen weiter. Avisierte man Mitte des Jahres noch 1000 Asylbewerber, die 2015 in Potsdam Zuflucht finden, gehe man nun bereits „von rund 2000 Menschen aus, die vor Krieg und Armut geflohen sind“, berichtet Magdolna Grasnick, die städtische Beauftragte für Migration und Integration. Und als Kommune „mit einer langen Zuwanderungstradition“ sehe man sich hier besonders in der moralischen Pflicht, betont sie.

Um die Situation für beide Seiten – Hilfesuchende wie Helfende – zu entschärfen, wurde die Stadt vor einigen Monaten zum Pionier in Sachen Erstkommunikation mit Flüchtlingen: Als erste deutsche Kommune arbeitet Potsdam mit professionellen Videodolmetschern. Sie lassen sich per Knopfdruck binnen zwei Minuten zuschalten und assistieren den Rathausmitarbeitern speziell in den Bereichen Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, bei der Arbeitsgruppe Asyl, in der Ausländerbehörde sowie auch bei gesundheitlichen Beratungen. Dazu kooperiert die Landeshauptstadt mit dem österreichischen Sprachdienstleister SAVD Videodolmetschen GmbH, der auf einen Pool von rund 500 Sprachmittlern zurückgreifen kann und bereits über einschlägige Erfahrungen in Krankenhäusern, Justizvollzugsanstalten, Asyleinrichtungen und beim Arbeitsmarktservice verfügt.

Der Aufwand für die Organisation eines Übersetzers entfällt

Start für diese Premiere in einer deutschen Kommunalverwaltung war im Juli – und ein gutes Vierteljahr später zeigt man sich im Potsdamer Rathaus noch immer sehr angetan. Durch das Dolmetschen via Videobildschirm lasse sich die Sprachmittlung „sehr schnell, effizient, professionell und aktuell in den Raum holen – und zwar in dem Moment, da ich sie benötige“, sagt Elona Müller-Preinesberger. Das erleichtere spürbar die Kommunikation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und führe „unmittelbar zu einer Steigerung der Effizienz“. Da diese Leistung minutengenau abgerechnet werde, komme es die Stadt auch wesentlich billiger, als wenn man erst einen Dolmetscher anfordern müsse.

Magdolna Grasnick bestätigt dies: Zuvor seien viele Kolleginnen und Kollegen mit organisatorischen Dingen beschäftigt gewesen, die sich nun erübrigten: Wie organisiere ich einen Termin, wie schnell kann ein Dolmetscher da sein, wie weit ist seine Anreise, was kosten uns seine Leistungen? Der Zeitaufwand allein durch dieses Vorplanen und Vorbestellen sei sehr hoch gewesen.

Der Wiener Anbieter benutzt für seinen Service eine geschützte Datenleitung und arbeitet zudem mit dem US-Unternehmen Cisco zusammen, dem

Schnelle und unkomplizierte Unterstützung: In Potsdam wird eine Videodolmetscherin zugeschaltet.

FOTO: STADT POTSDAM

Weltmarktführer für Internettelefonie. Das Rathauspersonal findet für das Videodolmetsch-Programm eine einfach zu handhabende PC-Oberfläche vor, die ohne Downloads und Vorkenntnisse sofort gestartet werden kann. „Die technische Lösung entspricht auch den Datenschutzbestimmungen", versichert Peter Merschitz, Technischer Vorstand bei SAVD.

„Wir müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung verstärkt auch für Integrationsmaßnahmen nutzen.

Franz-Reinhard Habbel, Sprecher des DStGB

Überdies nutzt Potsdam hierbei die Vorteile von Breitband, was nicht zuletzt den Beifall des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) findet. Eine moderne Kommune benötige heute einfach auch „eine zeitgemäße Breitband-Infrastruktur sowie eine IT-basierte, leistungsstarke und serviceorientierte Verwaltung", so DStGB-Sprecher Franz-Reinhard Habbel.

Die Verfahren können schneller abgeschlossen werden

Mithin erhofft sich sein kommunaler Spitzenverband von der schnelleren und effizienteren Kommunikation mittels Videodolmetschens auch eine Verkürzung der Asylverfahren. „Wir müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung verstärkt auch für Integrationsmaßnahmen in den Kommunen nutzen", so Habbel. Inzwischen wollen auch die Hamburger Uniklinik und die Wolfsburger Sozial- und Gesundheitsverwaltung Videodolmetscher einsetzen.

Weitere Informationen:
www.videodolmetschen.com

Anzeige

Fördermittel für den Breitbandausbau nutzen

Ein flächendeckend verfügbares Breitbandnetz ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen, der über die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft mitbestimmt. Allerdings ist der undifferenzierte Ausbau unterversorgter Gebiete nicht überall wirtschaftlich tragfähig. Weil nicht alle Kommunen über das notwendige Kapital verfügen, stellen Bund und Länder Fördermittel im Milliardenbereich zur Verfügung. Voraussetzung für die Vergabe dieser Mittel sind umfassende Infrastrukturanalysen, detaillierte Netzplanungen und betriebswirtschaftliche Gutachten.

TÜV Rheinland begleitet Bundesländer und Kommunen seit Jahren bei der Umsetzung dieser Maßnahmen zum Breitbandausbau und erstellt Studien zur Ermittlung der Ausbaukosten. Die Experten zeigen darin auf, wo sich Synergien nutzen und Einsparpotentiale heben lassen. Zudem berechnen sie die Wirtschaftlichkeitslücke des Netzbetreibers, also die Differenz zwischen Investitionen und Einnahmen, die später Gegenstand einer öffentlichen Förderung sein kann. Daneben formulieren sie Empfehlungen zur Wahl des Trägermodells und der Finanzierungsinstrumente, wobei sie fiskalische Rahmenbedingungen der Kommune ebenso berücksichtigen wie die lokale Standortpolitik und die Gewerbegebietsplanung der nächsten Jahre.

Weil der Ausbau der Breitbandversorgung auch eine kommunikative Herausforderung ist, zählen Breitbandstudien wie die von TÜV Rheinland zu einer der wichtigen Entscheidungsgrundlagen auf kommunaler Ebene.

Mehr unter: www.tuv.com/breitbandberatung
Andreas Windolph, andreas.windolph@de.tuv.com
+49 030 756874 404

TÜVRheinland®
Genau. Richtig.

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 11-12/2015

Intelligente kommunale Infrastrukturen

Wenn Kommunen sich smart entwickeln, stärken sie die regionale Wirtschaft und steigern die Lebensqualität

Autoren Reinhard Fingerhut und Robert Buff, Gesellschaft für Strategie und Ergebnisse (S/E)

Smart home – smart-city – smart energy – industrie 4.0" – diese Begriffe markieren den Start in das Internet der Dinge und Dienste. Dies verknüpft reale physische Objekte mit einer virtuellen Repräsentation in einer internet-ähnlichen Struktur. Nicht mehr „nur" Menschen, sondern auch Geräte können mit und in der virtuellen Welt interagieren. So wachsen auch im Staat, in unserer Stadt und in unserem Zuhause Informations-, Kommunikations- und Produktions-/Dienstleistungstechnologien zusammen. Diese Entwicklung steht einerseits für mehr Lebens- und Umweltqualität durch intelligente Nutzung von Ressourcen und andererseits für die Risiken einer zunehmend vernetzten Welt.

Letztlich geht es bei allen smart-Ansätzen immer um Sensoren, die bestimmte Ereignisse erfassen und diese Daten intelligent verarbeiten, um daraus folgend eine Meldung und/oder Fernsteuerung von Geräten zu veranlassen. Die dafür erforderlichen Technologien in den Geräten, vor allem aber in der Vernetzung, werden immer ausgereifter und stehen immer preiswerter zu Verfügung.

Im „smart-home" sind es zum Beispiel Anwendungsszenarien im Bereich des Energiemanagements: „Wenn ich nach Hause komme, schalte die Heizung hoch" oder „Wenn die Solaranlage Strom erzeugt, schalte die Waschmaschine an", aus dem Bereich der Sicherheit: „Wenn sich während meiner Abwesenheit das Fenster öffnet, sende eine Alarm-SMS und schalte das Flutlicht an" oder aus dem Bereich der Gesundheit: „Wenn das Licht morgens nicht eingeschaltet wird, alarmiere einen Angehörigen, damit er nach dem Rechten sieht". Die bereits im Einsatz befindliche Technologie setzt der Fantasie bezogen auf künftige Einsatzmöglichkeiten kaum Grenzen.

> **Die bereits im Einsatz befindliche Technologie setzt der Fantasie kaum Grenzen.**
>
> Reinhard Fingerhut und Robert Buff

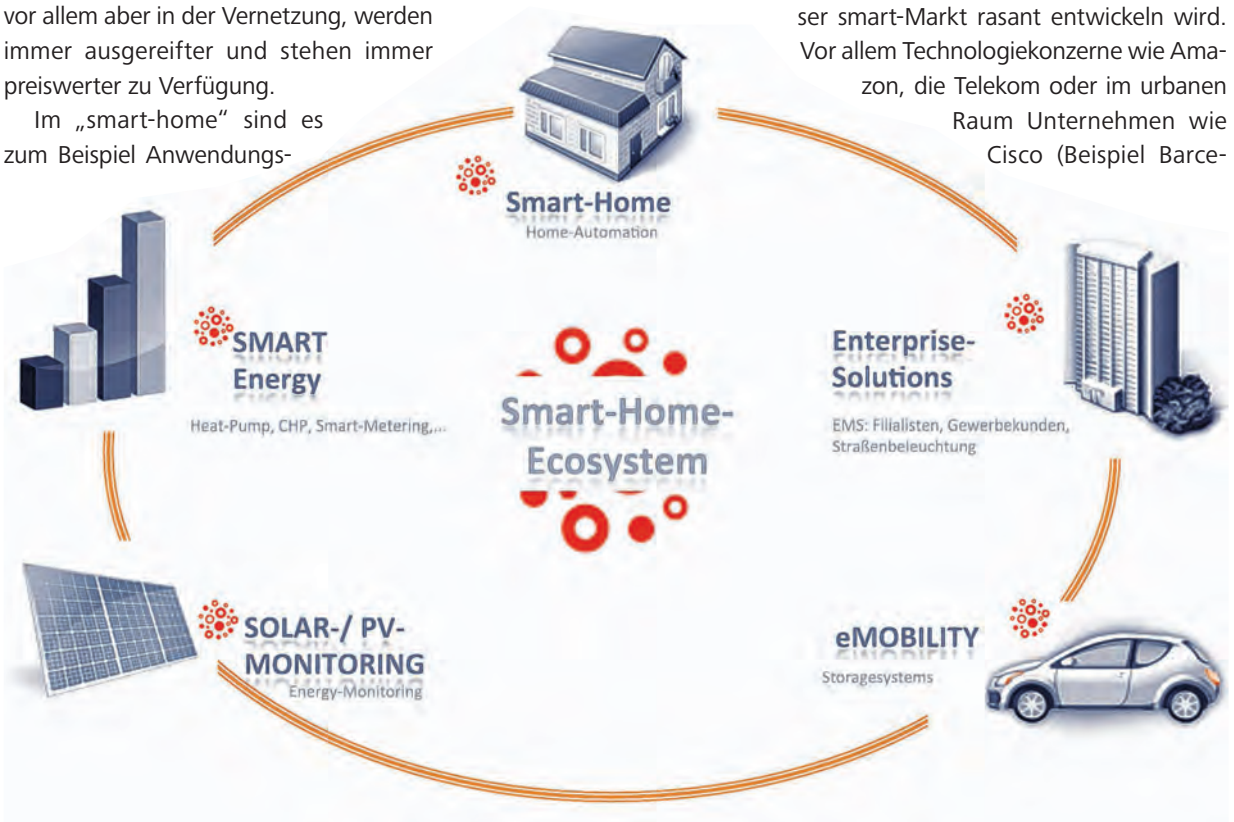
Kommunen werden sich wandeln

In Zukunftsszenarien der „smart-city" regeln sensorgesteuerte Systeme den städtischen Verkehr, werden freiwerdende Parkplätze auf dem Handy gebucht oder die Müllabfuhr durch Füllstandsensoren an den Abfallbehältern gesteuert. Studien zeigen, dass sich dieser smart-Markt rasant entwickeln wird. Vor allem Technologiekonzerne wie Amazon, die Telekom oder im urbanen Raum Unternehmen wie Cisco (Beispiel Barcelona) oder IBM (Beispiel London) liefern sich einen Wettlauf der Betreiber. Plakativ gesagt: Wer seine Box zuerst in der Wohnung oder im Büro stehen hat, hat große Chancen, entscheidend zu beeinflussen, wer die künftige Wertschöpfung hebt. Allein durch die Bereitstellung von Plattformen bietet er den Zugang zum Endverbraucher für sich und andere. Das gilt dann nicht mehr nur für den Handel, sondern auch für den Dienstleistungsmarkt. Hieran arbeiten zum Beispiel RWE, die Telekom oder Fernsehhersteller, die mit ihren ans Internet angeschlossenen smart-TV´s bereits im Wohnzimmer sind.

Hier entsteht eine komplett neue Infrastruktur. Infrastruktur ist aber auch eine Kernaufgabe der Kommunen und ihrer Unternehmen. So war eine Motivation der Stadtwerke Bielefeld, die bereits über ein smart-home-Angebot verfügen, ihren eigenen Kunden einen Mehrwert zu bieten und so dem drohenden Wettbewerb im Kerngeschäft zu begegnen. Zugleich legen sie mit dem Angebot einer eigenen digitalen Infrastruktur den Grundstock für regionale Wertschöpfung anderer regionaler Akteure. „In einem einzigen Produkt Energiemanagement und intelligente Haussteuerung zu kombinieren, ist bislang dem Energieversorger vorbehalten, der die Hoheit über den Smart Meter hat", meint Yüksel Sirmasac, Geschäftsführer des Softwareunternehmens Rockethome. Er ergänzt: „Genau deshalb ist die Strategie der Stadtwerke Bielefeld besonders innovativ."

Auch Breitbandbetreibern, oft eine Sparte der lokalen Stadtwerke, bietet sich hier ein Mehrwert zur Kundengewinnung und -bindung. Wohnungsunternehmen installieren smart-home-Systeme, um die Energieverbräuche zu erfassen, Rauchmelder zu warten und ihren Bewohnern auf Dauer bessere Wohnqualität zu bieten. Zum Beispiel zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens bei nachlassenden Fähigkeiten im Alter.

Fazit: Neue „smarte" Geschäftsmodelle und Chancen entstehen. Bestehende Geschäftsmodelle müssen smart weiterentwickelt werden. Die Kommune und ihre kommunalen Infrastrukturunternehmen müssen dringend ihre gemeinsame Strategie zur Sicherung künftiger regionaler Wertschöpfung ertüchtigen. Nur so werden sie in der Lage sein, sich im Verbund mit ihren Partnern aus der (Regional-) Wirtschaft für die Steigerung der Lebensqualität ihrer Einwohner erfolgreich zu engagieren.



Alles smart: Die Möglichkeiten der digitalen Vernetzung werden sich auf viele Bereiche des Alltags auswirken.

GRAFIK: ROCKETHOME

Weitere Informationen
www.strategieergebnisse.com

Die E-Bilanz ist Pflicht

Ein Überblick über die neuen Anforderungen des Finanzamts

Autor Simon Schrein, Bundesanzeiger Verlag GmbH

Ab 2015 gibt es neue Anforderungen an die elektronische Abgabe von Bilanzen für steuerbegünstigte Körperschaften und juristische Personen des öffentlichen Rechts. Wen betreffen sie und wie geht man damit um?

Die meisten Unternehmen in Deutschland sind laut Einkommensteuergesetz verpflichtet, den Inhalt der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung elektronisch an die Finanzverwaltung zu übermitteln. Nun laufen die Übergangsvorschriften für steuerbegünstigte Körperschaften und juristischen Personen des öffentlichen Rechts aus. Mit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird die Abgabe der E-Bilanz an die Finanzverwaltung für sie verpflichtend.

Das sind die neuen Regeln:
Körperschaftsteuerbefreite Institutionen sind nicht von der E-Bilanz-Abgabe betroffen, wenn sie persönlich und vollumfänglich von der Körperschaftsteuer befreit sind. Dazu gehören insbesondere ausschließlich und unmittelbar auf gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke ausgerichtete Körperschaften, die neben ihrer ideellen Tätigkeit keinen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb betreiben. Sie unterliegen damit nicht der Körperschaftsteuer oder der Gewerbesteuer.

Eine E-Bilanz-Übermittlung ist allerdings notwendig, wenn sich die Steuerbefreiung des Geschäftsbetriebs nur auf einen Teil der Körperschaftseinkünfte erstreckt und aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen eine (Gesamt-)Bilanz und (Gesamt-)Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt werden muss. Juristische Personen des öffentlichen Rechts mit Betrieben gewerblicher Art sind von der elektronischen Übermittlung betroffen, wenn sie für ihren Betrieb gewerblicher Art einen Betriebsvermögensvergleich aufstellen müssen. In diesem Fall muss für den gewerblichen Betrieb eine E-Bilanz erstellt und elektronisch an die Finanzverwaltung übermittelt werden.

> **„Eine E-Bilanz-Übermittlung ist notwendig, wenn sich die Steuerbefreiung nur auf einen Teil der Körperschaftseinkünfte erstreckt.**
>
> Simon Schrein

Eine Online-Software spart Zeit
Für alle, die nun verpflichtet sind, die E-Bilanz in dem von der Finanzverwaltung gefordertem Format abzugeben, ist eine Onlinelösung sinnvoll. So entfallen aufwendige Wartungsarbeiten und die Software ist immer auf dem aktuellen Stand. Eine kostengünstige und sichere Onlinelösung, die in Verwaltungskreisen gern genutzt wird, ist eBilanz-Online.

Weitere Informationen
www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/steuern-finanzen/e-bilanz.html

Anzeige

Dr. Henrik Bremer
Rechtsanwalt/FA für Steuerrecht
Wirtschaftsprüfer/Steuerberater
Geschäftsführender Gesellschafter

Als führender Experte zum Thema „Breitbandausbau" steht Ihnen Herr Dr. Henrik Bremer gemeinsam mit einem Team erfahrener Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zur Verfügung. Er verfügt über jahrelange Erfahrung im Bereich des Breitbandausbaus und hat zahlreiche Modellprojekte mitentwickelt. Dadurch verfügt er über genaue Kenntnisse über den Markt der Telekommunikation und kann die Wirtschaftlichkeit der von ihm betreuten Projekte bestens einschätzen.

BREMER HELLER
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
B H V S M

WIRTSCHAFTSRAT GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT
STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT

Wir sind eine mittelständische Rechtsanwaltskanzlei mit Sitz in Hamburg, Hannover, Göttingen, Kassel, Berlin und Pinneberg. Unsere umfassende rechtliche und betriebswirtschaftliche Beratung hat sich schon in zahlreichen Breitbandprojekten bundesweit bewährt. Nach einer Fusion bieten wir unsere Leistungen unter neuem Namen an – aus WIRTSCHAFTSRAT Recht wird BHVSM Bremer Heller Rechtsanwälte.

Weiterhin kooperieren wir mit den Wirtschaftsprüfern und Steuerberatern unserer Partnergesellschaft WIRTSCHAFTSRAT GmbH und arbeiten darüber hinaus hinsichtlich der technischen Beratungsleistungen vertrauensvoll mit verschiedenen Ingenieurbüros zusammen.

So können wir für optimale Arbeitsabläufe Ihres Breitbandprojekts einstehen:
- Rechtliche und steuerliche Beratung, Entwicklung verschiedener Geschäftsmodelle und Beratung zur Rechtsformwahl
- Konzeptionierung der Projektfinanzierung
- Begleitung der Vergabeverfahren
- Vertragsverhandlungen mit Bietern sowie finanzierenden Banken
- Anfragen zur steuerrechtlichen Behandlung an Finanzämter
- Gespräche über die Förderung mit den zuständigen Ministerien

Für uns ist die Wirtschaftlichkeit einer Maßnahme das entscheidende Kriterium. Sie bekommen sowohl eine juristische Analyse des Sachstandes als auch eine unternehmerische Entscheidungsberatung!

Sprechen Sie uns an, wir beraten Sie gerne!
Bleichenbrücke 11, 20354 Hamburg
Homepage: www.bhvsm.de

Büro Hamburg:
Tel.: 040/37669210
E-Mail: hamburg@bhvsm.de

Anzeigen-Sonderveröffentlichung 11-12/2015

Ordnung im Vorlagendschungel

Die Bremer SPD-Bürgerschaftsfraktion nutzt die Sitzungs-App „iRICH“ zur Organisation der Abgeordnetenarbeit

Autor Ulf Buschmann

Das Leben von Abgeordneten besteht zu einem Großteil darin, Papiere zu lesen: Im Laufe einer Wahlperiode wühlen sich die Mandatsträger durch Beschluss- und Tischvorlagen, Sachstandsberichte und Haushaltspläne. Aneinander gereiht sind es nicht nur kilometerlange Schlangen, sondern auch einige Kilogramm Gewicht. Für die Mitglieder der Bremer SPD-Bürgerschaftsfraktion sind die Zeiten, in denen sie viel Papier mit sich herumtragen mussten, inzwischen vorbei.

Die Sozialdemokraten erleichtern sich ihr Dasein zwischen Bürgerschaftsdebatte, Deputationssitzungen, Fraktionszusammenkünften und der Arbeit am Schreibtisch durch eine App und das dazugehörige Programm. „iRICH“ heißt diese App-Entwicklung. Sie ist von der Firma Sternberg aus Bielefeld ursprünglich als Ratsinformationssystem auf den Markt gebracht worden und wird inzwischen von zahlreichen Verwaltungen in der Bundesrepublik genutzt. Darauf wurden vor rund zwei Jahren auch die Verantwortlichen der Bremer SPD-Fraktion aufmerksam. „Wir waren auf der Suche nach einem Tool zur Verbesserung unseres Sitzungsmanagements“, sagt Büroleiter Martin Töben.

Schlank, aber vielseitig

Nach erfolgreichen Gesprächen ist „iRICH“ als sogenannte Fraktions-App eingeführt worden. Inzwischen können alle Abgeordneten aus Bremen und Bremerhaven sowie die Deputierten auf digitalem Wege auf ihre Unterlagen zugreifen und sie bearbeiten. Gleiches gilt für die Mitglieder der Bremer Stadtbürgerschaft. „Das System kann viel, ist aber im Frontend ein schlankes System“, fasst Töben die Attraktivität von „iRICH“ zusammen. Am anderen Ende der digitalen Architektur holt sich „iRICH“ die Daten aus dem Backend und stellt alle Daten für das iPad dar.

Es gibt darüber hinaus Programmversionen für Android-Tablets und Windows-Endgeräte. Wer auf die Fraktions-App von mehreren Welten – wie zum Beispiel via iPad und übers Notebook – zugreifen möchte, kann auch dieses tun. Auch ausdrucken lassen sich die einzelnen Dokumente, denn manch ein Mandatsträger bevorzugt das traditionelle Arbeiten mit Papier.

Die Bedienung ist einfach: Nach der Anmeldung führt das System zunächst vollautomatisch einen Datenabgleich durch. Dabei meldet sich jeder Nutzer in seinem jeweils für ihn geschützten Bereich an. Auf der linken Seite sehen die Nutzer nach der Anmeldung den Sitzungskalender mit all Ihren Sitzungen, die lokal auf Ihrem Endgerät gespeichert sind. Um nun in eine Sitzung einzusteigen reicht ein Fingertipp auf den entsprechenden Termin. Umgehend erscheint auf der rechten Seite die Tagesordnung mit allen vorhandenen Dokumenten wie zum Beispiel Einladungen, Sitzungsvorlagen und Protokollen. Wer nun auf das gewünschte Dokument tippt, angezeigt durch einen kleinen Pfeil, gelangt in das eigentliche Dokument – und die Arbeit kann beginnen.

> **Das iPad wiegt deutlich weniger als Papiere für fünf Sitzungen pro Tag.**
>
> Antje Grotheer, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion in Bremen

Das Tablet lässt sich mit einem PC oder Notebook synchronisieren

FOTO: BUSCHMANN

Ausdrucken ist überflüssig

„iRICH“ bietet den Mandatsträgern gleich eine ganze Reihe komfortabler Features, um Haushalts-, Bebauungspläne und Co. zu bearbeiten. Hierzu zählt neben diversen Markierungsfunktionen wie Durchstreichen, Unterstreichen oder farblich Hervorheben auch eine Form der Randnotizen, die sich mit den Kollegen aus der Fraktion teilen lassen. Selbst das Nachvollziehen von Entwicklungen in einer Beratungsfolge ist für die Abgeordneten und Deputationsmitglieder anhand der programmierten Historie möglich. Zur Volltext-Recherche gibt es zudem ein offenes Archiv und eine Bibliothek. Wer möchte, der kann sich ebenso seine eigene Dokumentenverwaltung einrichten. In der aktuellen „iRICH“-Version, die es auch als iRICH-BürgerApp kostenfrei im App-Store gibt, haben die Entwickler sogar an einen RSS-Newsfeet gedacht.

Die Wahrscheinlichkeit, das System zu knacken, dürfte relativ gering sein. Installiert wird „iRICH“ zwar auf dem gleichen Server wie die Internetseiten, doch die Daten werden über eine sichere Leitung zu den Nutzern übertragen. Die dazugehörige Weboberfläche wird so programmiert, dass sich das Layout an jede Seite anpasst. Die Daten dahinter würden einem spezialisierten Content Management System (CMS) entsprechen, heißt es dazu seitens der Firma Sternberg.

Dass die Bielefelder mit ihrem Angebot richtig liegen, bestätigt Antje Grotheer, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion. „Alles Vorhandene wird in die App eingestellt und wir können sofort darauf zugreifen. Auch beim Nachversand“, sagt sie. Alle Papiere auf einen Blick verfügbar zu haben sei erheblich einfacher als jede E-Mail mit neuen Versionen im Anhang zu öffnen. Das koste unter dem Strich viel mehr Zeit. Grotheer ergänzt: „Das iPad wiegt deutlich weniger als Papiere für fünf Sitzungen pro Tag.“

Weitere Informationen
www.sitzungsdienst.net

„Mit den modernen Bewerbungs-Tools von Interamt erreichen wir genau unsere Zielgruppe: Nachwuchskräfte für das BZSt.“

DR. LENA SANTORO
Referentin für Aus- und Fortbildung
Bundeszentralamt für Steuern

MODERNE PERSONALBESCHAFFUNG – EINFACH, FLEXIBEL, EFFIZIENT
Das bedarfsgerecht angelegte E-Recruiting von Interamt automatisiert Standardprozesse, beschleunigt das Bewerbermanagement und macht Ihre Stellenbesetzung nachhaltig und komfortabel.
EFFIZIENZ GEWINNEN UND RESSOURCEN SPAREN: WWW.INTERAMT.DE

INTERAMT.DE
DAS STELLENPORTAL DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES

Die Jugend im Netz verstehen

Wer in seiner Stadt Politik für junge Menschen macht, muss wissen, was diese Zielgruppe bewegt

Autorin Susanne Reindke

Eine gute Nachricht: Das Interesse der Jugendlichen an Politik ist gestiegen. Das ist ein Ergebnis der Shell Jugendstudie 2015. Zudem stimmen 72 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass die Beteiligung an Wahlen eine Bürgerpflicht sei. Doch wie spricht man die 12- bis 25-Jährigen an, wo erreicht man sie mit politischen Themen? Die kurze Antwort lautet: im Internet. Laut Shell Jugendstudie sind Vielnutzer – immerhin 20 Prozent der Befragten – 24,9 Stunden pro Woche online. 11,2 Stunden sind es bei den 19 Prozent, die sich als Gelegenheitsnutzer bezeichnen.

MEDIENNUTZUNG

90%

der 12- bis 25-Jährigen nutzen soziale Netzwerke wie Facebook und Youtube.

QUELLE: SHELL JUGENDSTUDIE 2015

Hoch im Kurs bei Jugendlichen: Soziale Netzwerke. 90 Prozent nutzen laut Shell Studie Facebook und Co. Sie sind der wichtigste Grund für sie, ins Internet zu gehen. Nur 13 Prozent der Befragten suchen mindestens ein Mal täglich online Informationen über Politik und Gesellschaft. 24 Prozent suchen danach immerhin noch ein Mal wöchentlich.

Wer Jugendliche erreichen will, kommt an den sozialen Netzwerken nicht vorbei. Doch was weckt das Interesse der Generation Smartphone, mit wem kommuniziert sie? Eine kurze Übersicht der aktuellen digitalen Trends: Das beliebteste soziale Netzwerk der Jugend ist die Videoplattform YouTube. Sie hat Stars hervorgebracht, die bei öffentlichen Auftritten für Massenaufläufe sorgen wie zuletzt Boybands in den 1990ern. Der erfolgreichste deutsche YouTube-Star heißt „Gronkh“. Er hat 3,8 Millionen Fans. Sie sehen ihm dabei zu, wie er Computerspiele wie „MineCraft“ spielt. 2,3 Millionen sind Fans von „DagiBee“. Sie ist 20 Jahre alt und spricht in ihren Videos über Mode und Kosmetik. Sami Slimani beschäftigt sich mit Lifestyle und Teeniesorgen, seine 1,4 Millionen Fans nennen sich „Saminators“. Diese jungen Stars verdienen beträchtliche Summen über Werbung und Produktempfehlungen. Sie werden von Managern vertreten und sind zu Marken geworden.

Die „Stars von nebenan”

Das Geheimnis ihres Erfolges? Sie wirken nahbar. Die meisten Videos sind im heimischen Kinderzimmer gedreht, die jungen Stars reden einfach drauf los. Ihr Erfolg wirkt für die Fans zum Greifen nahe. Sie mussten ihr Talent nicht bei Castingshows beweisen und werden nun professionell vermarktet. Sie erreichen mit ihren Handykameras und einer frechen Schnauze aus ihren Kinderzimmern ein Millionenpublikum. Die YouTube-Stars führen auch die Beliebtheitslisten in anderen sozialen Netzwerken an: Auf der Fotoplattform Instagram genau wie bei Snapchat. Auf dieser Plattform werden Bilder und Videos geteilt, die mit Special Effects und Emojis versehen sind. Á propos Emoji: Oxford Dictioniaries hat 2015 ein Emoji zum Wort des Jahres gekürt: das „Gesicht mit Freudentränen“. Oxford Dictionaries reagiert damit auf unseren veränderten Sprachgebrauch. Doch selbst wenn Jugendliche hier Vorreiter waren, heute nutzen auch Erwachsene Emojis. Die US-amerikanische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton etwa bat via Twitter um Feedback in Form von Emojis.

Hillary Clinton nutzt die neuen Medien für ihre Politik. So gab sie ihre Kandidatur zuerst exklusiv auf YouTube bekannt. Auf dem Fotoportal Instagram gibt sie Einblicke in ihre Wahlkampftour und auf Snapchat zeigt sie sich auch mal albern – ohne sich lächerlich zu machen. In den sozialen Netzwerken platziert sie vor allem die Themen, die bei der jüngeren Generation gut ankommen: Gleichstellung von Frauen, bessere Ausbildung für Mädchen, die Ehe für alle und die Aussicht auf die erste weibliche Präsidentin. Ältere Wählerschichten, die sie damit eher abschrecken würde, sind in den sozialen Netzwerken nicht aktiv. Clinton zeigt, wie man in Social Networks progressive Thesen vertreten kann. Und sie zeigt, dass man die neuen Medien gut nutzen kann, wenn die Kommunikation authentisch bleibt. Politik und digitale Welt können zusammenfinden. Doch wer Jugendliche im Netz ansprechen will, muss nicht unbedingt ihre Sprache kopieren, das wirkt schnell auch peinlich. Bisher nutzen Wenige die neuen Kanäle, um mit jungen Bürgern zu kommunizieren. Doch es lohnt sich, die eigene Kommunikationsstrategie auch zu erweitern, ohne zuviel Angst vor der neuen Technik zu haben.

FOTO: CAN STOCK PHOTO INC./YAYAYOYO

Mehr zum Thema „Social Media Lunch“ von Network Media am Mittwoch, 20. Januar, in Berlin. Kontakt: reindke@nwmd.de

Anzeige

DEUTSCHES AUSSCHREIBUNGSBLATT
Das Auftragsportal.

eVergabe

mit "Vergabeservice"– so einfach wie ein Handschlag

- Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Vergabeunterlagen
- Digitale Angebotsabgabe
- Eigene Bieterdatenbank mit Gewerkeverschlüsselung und Nachweismanagement
- Webbasierend – einfach und sicher
- Erweiterbar durch das Modul Vergabemanagement
- Lizenzkostenfrei
- Rechtskonform – erfüllt u. a. die EU-Vergaberichtlinie RL 2014/24/EU

JETZT KOSTENLOS REGISTRIEREN!
deutsches-ausschreibungsblatt.de/evergabe

IMPRESSUM

Network Media GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Tel. (030) 740 73 16-00, Fax (030) 740 73 16-75
E-Mail: info@nwmd.de

Projektleitung: Henning Witzel, Tel. (030) 740 73 16-36

Redaktion: Gero Fischer, Birgit Güll

Anzeigen: Nicole Stelzner
(Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf)

Layout: Heidemarie Lehmann

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1, 10178 Berlin, Tel. (030) 283 06-200

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Mit Plan zum Sieg

Ein Ratgeber für erfolgreiche Kommunalwahlkämpfe

Mehr als 750 Wahlkämpfe haben die Politikberater Achim Moeller und Gwendolin Jungblut begleitet. Die daraus gewonnenen Erfahrungen haben sie nun im Handbuch „Wahlen gewinnen" zusammengefasst. Es richtet sich in erster Linie an Wahlkämpfer in Städten, Landkreisen und Gemeinden und vermittelt die theoretischen Grundlagen der Wählerwerbung ebenso wie handfestes Praxiswissen.
In sechs Kapiteln werden grundlegende Fragen beantwortet: Wie lässt sich das Profil eines Kandidaten schärfen? Welche politischen Themen eignen sich für den Wahlkampf? Was lässt sich mit Aktionen und Veranstaltungen erreichen, wie muss das Werbematerial gestaltet sein und wie gewinnt Öffentlichkeitsarbeit an Wirkung? Die Tipps sind auf der Höhe der Zeit, der Einsatz von digitalen Mitteln wie Social Media wird selbstverständlich vorausgesetzt.
Der große Vorteil des Buches: Es ist kompakt und verständlich formuliert und auch zum schnellen Nachschlagen geeignet. Online können die Leser ergänzend zahlreiche Arbeitshilfen abrufen.

Zwei Botschaften ziehen sich durch sämtliche Kapitel: Der Kandidat sollte im Mittelpunkt der Kampagne stehen, nicht das Programm. Und: Mit der Wahlkampfplanung sollte früh begonnen werden, denn ein Image aufzubauen braucht Zeit.

Achim Moeller / Gwendolin Jungblut:
Wahlen gewinnen.
Komplexität durchdringen, Strategie entwickeln, Begeisterung entfachen.
pro Verlag und Service GmbH & Co. KG, 2015, 264 Seiten, 44,90 Euro,
ISBN 978-3-9817688-0-0

Den Blick nach vorn

Eine Studie untersucht nachhaltige Kommunalpolitik

Vor fünf Jahren wurde ein Dialog zu den strategischen Fragen einer nachhaltigen Stadt ins Leben gerufen. Mehr als 30 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister treffen sich regelmäßig auf Einladung des Rates für Nachhaltige Entwicklung. In ihrem Auftrag hat das Deutsche Institut für Urbanistik nun die Studie „Städte auf Kurs Nachhaltigkeit" vorgelegt. Darin werden drei Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung genauer unter die Lupe genommen: Wohnen, Mobilität und generationengerechte Finanzen.
Die Studie beschreibt, vor welchen Herausforderungen die Städte stehen, benennt politische Ansätze, die in den vergangenen Jahren entwickelt wurden und zeigt auch auf, wo es noch an Konzepten mangelt.
Sie ist kein Handlungsleitfaden für die Praxis, sondern will eine öffentliche Debatte anstoßen. Die Broschüre schließt ab mit einem Statement der Oberbürgermeister. Darin fordern sie noch mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Denn eine nachhaltige Politik braucht langfristige Sicherheiten. Sorgen bereiten ihnen etwa die Auswirkungen der Schuldenbremse und das Auslaufen der Gemeindeverkehrsfinanzierung.

Deutsches Institut für Urbanistik:
Städte auf Kurs Nachhaltigkeit.
Wie wir Wohnen, Mobilität und kommunale Finanzen zukunftsfähig gestalten.
2015, 93 Seiten, Download und kostenlose Bestellung: http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-32015/staedte-auf-nachhaltigkeitskurs.html

Wahlen

Noch ist **Ivo Gönner** (SPD) der dienstälteste Bürgermeister einer deutschen Großstadt. Zur Wahl am 29. November ist er nicht wieder angetreten. Sein Nachfolger in Ulm wird **Gunter Czisch** (CDU), der sich mit 52,9 Prozent gegen zahlreiche Mitbewerber, darunter Martin Rivoir (SPD, 29,9 Prozent), durchsetzen konnte.
Sören Meng hat die Wahl zum Amt des Landrats im Kreis Neunkirchen gewonnen. In der Stichwahl am 22. November setzte sich der SPD-Kandidat mit 55,9 Prozent der Stimmen gegen Mitbewerber Tobias Hans (CDU) durch. Die bisherige Landrätin **Cornelia Hoffmann-Bethscheider** (SPD) hat ihr Amt niedergelegt, da sie zur Präsidentin des Sparkassenverbands Saar ernannt wurde.
Am gleichen Tag konnte sich **Nikolaus Roth** eine weitere Amtszeit als Oberbürgermeister von Neuwied (Rheinland-Pfalz) sichern. Der Sozialdemokrat erhielt in der Stichwahl gegen Martin Hahn (CDU) 62,2 Prozent.
In Heidenheim hatte die SPD keinen eigenen Kandidaten für die Oberbürgermeisterwahl aufgestellt. Amtsinhaber **Bernhard Ilg** (CDU) wurde am 8. November mit 78,2 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Noch mehr Zustimmung erhielt **Andreas Koeppen**, Bürgermeister von Itzehoe, bei seiner Wiederwahl: 84,7 Prozent der Wähler stimmten für den Sozialdemokraten.
Bereits im Oktober führte die Oberbürgermeisterwahl in Köln zu traurigen Schlagzeilen: Die Einzelbewerberin **Henriette Reker** (unterstützt von CDU, Grünen und FDP) wurde kurz vor der Wahl niedergestochen. Tags darauf gewann sie die Wahl mit 52,7 Prozent. Der SPD-Kandidat Jochen Ott erhielt mit 32 Prozent die zweitmeisten Stimmen. Mittlerweile konnte Reker ihr Amt trotz der Verletzungen antreten.
Im Landkreis Dahme-Spreewald wurde **Stephan Loge** (SPD) als Landrat wiedergewählt – mit 52,6 Prozent gleich im ersten Wahlgang. Besorgniserregend: Von seinen drei Herausforderern holte mit Jens-Birger Lange ein AfD-Kandidat die meisten Stimmen (22,9 Prozent).

Termine

4. Integrationskonferenz „Städte l(i)eben Vielfalt" des Deutschen Städtetages
20.01.2016 – 21.01.2016, Bochum
www.staedtetag.de/veranstaltungen/index.html

9. Zukunftsforum Ländliche Entwicklung
20.01.2016 – 21.01.2016, Berlin
www.zukunftsforum-laendliche-entwicklung.de

Tagung: Motorische Stickoxidbildung – Nachhaltige Mobilität in Städten und im Fernverkehr
27.01.2016 – 28.01.2016, Heidelberg
www.hdt-essen.de/Motorische_Stickoxidbildung_Tagung_W-H130-01-030-6/#{2}

Themenseminar: Energiekonzepte für konservatorische Gebäude
28.01.2016, Nürnberg
www.difu.de/veranstaltungen/2016-01-28/themenseminar-energiekonzepte-fuer-konservatorische.html

Vielfalt leben – Kommunalpolitische Kompetenzen für Migrant_innen
04.02.2016 – 06.02.2016, Herrenberg
www.fes-kommunalakademie.de/_rubric/detail.php?nr=1452&rubric=Veranstaltungen&

Konferenz: Kommunen aktiv für den Klimaschutz
01.03.2016, Bonn
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

Tag der Kommunalwirtschaft
15.03.2015 – 16.03.2015, Dortmund
www.tagderkommunalwirtschaft.de

Themenseminar: Energiekonzepte für konservatorische Gebäude. Klimaschutz in Bibliotheken, Archiven und Museen
14.04.2016, Nürnberg
www.klimaschutz.de/de/termine

Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
22.04.2016 – 23.04.2016, Berlin
www.bundes-sgk.de

Das europäische Beihilferecht in der kommunalen Praxis – Vermittlung der Grundlagen anhand von Fallbeispielen
13.05.2016, Berlin
www.difu.de/veranstaltungen/2016-05-13/das-europaeische-beihilferecht-in-der-kommunalen-praxis.html

Seminar „Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen"
20.05.2016 – 21.05.2016, Springe
www.bundes-sgk.de/termine/

Kommunalradkongress 2016
15.06.2016, Bingen
www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Veranstaltungen/

Seminar „Kommunal- und Direktwahlen gewinnen"
01.07.2016 – 02.07.2016, Springe
www.bundes-sgk.de/termine/

Straßenk(r)ampf

Um Straßennamen wird oft mit großem Ernst gestritten. Manche sind aber auch einfach nur zum Schmunzeln

Autor Carl-Friedrich Höck

Schiefe neue Welt: Ein Straßenschild allein macht die Stadt noch nicht schöner.

Straßennamen erzählen viel darüber, welche Werte und Ziele eine Gesellschaft hochhält. Deshalb sind sie immer wieder Gegenstand von Debatten und Trends. Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zum Beispiel gilt der Grundsatz, dass Straßen und Plätze nur noch nach Frauen benannt werden dürfen, bis eine Gleichstellung im Schilderwald erreicht ist. Zum Problem wurde die Regel, als das Jüdische Museum den gegenüberliegenden Platz nach dem Philosophen Moses Mendelssohn benennen lassen wollte. Glücklicherweise war dieser verheiratet, man einigte sich schließlich auf den Namen Fromet-und-Moses-Mendelssohn-Platz.

Wer das für kurios hält, sollte sich einmal in anderen Berliner Gegenden umsehen. Dort stößt man etwa auf den Weg „Zum langen Jammer". Nur wenige Meter weiter weist ein Schild die „Neue Welt" aus. (Hätte man es nur etwas früher aufgestellt – Kolumbus hätte sich den beschwerlichen Weg über den Atlantik sparen können.) Noch seltsamer: In Stralsund gibt es eine „Unnütze Straße". Der Legende nach stammt der Name aus dem Mittelalter: Weil Huren hier ihrer Arbeit nachgingen, bürgerte sich der Name „Nüttze Strate" ein. Den Bewohnern wollte man aber die Last einer unvorteilhaften Adresse abnehmen, daher wurde der Name oft bewusst falsch geschrieben. So entstand die heutige Bezeichnung. Warum sich die armen Anwohner nun stattdessen mit dem Prädikat „unnütz" herumschlagen müssen (statt mit „nutze", „nützlich oder dergleichem), ist ein Geheimnis, dass wohl nicht mehr gelüftet werden wird.

Aber auch das gehört zu den Eigenschaften von Straßennamen: Man kann mit ihnen wunderbar andere ärgern. Unvergessen bleibt eine Drohung Gregor Gysis an Finanzminister Wolfgang Schäuble: Wenn der die Privatisierung von Straßen zulasse, warnte der damalige Linken-Fraktionschef, „werde ich mit allen Mitteln versuchen, die Straße zu kaufen, in der Sie wohnen. Außerdem benenne ich sie um. Und es wird Ihnen am Peinlichsten sein, immer schreiben zu müssen, dass Sie ‚Zum Gysi Nummer 1' wohnen."

Geärgert haben sich auch die Bezirksverordneten in Friedrichshain-Kreuzberg, als sie zur Kenntnis nehmen mussten, dass die Fläche vor einer örtlichen Veranstaltungshalle den schnöden, kapitalistischen Namen Mercedes-Platz erhalten soll. Verhindern konnten sie es nicht, der Platz war Privatgelände. Aber naja, trösteten sich die Bezirkspolitiker, immerhin ist Mercedes ein Frauenname.

DEMO 01/02 2016
erscheint am 11. Februar 2016

mit folgenden Themen:

Mobilität ist ein wichtiges Zukunftsthema in den Kommunen. Egal ob öffentliche Busse und Bahnen, Fahrrad, E-Bike, Elektroauto oder herkömmlicher Pkw – die verschiedenen **Verkehrsmittel** müssen nachhaltig und optimal eingesetzt und miteinander vernetzt werden. Im Report geht es um die Themen **Energie, Wasser und Umwelt.**

Impressum

Demokratische Gemeinde,
Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK)
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-200
Telefax: (030) 255 94-290
E-Mail: redaktion@demo-online.de
Internet: www.demo-online.de

Herausgeber:
Norbert Bude, Vorsitzender der Bundes-SGK

Redaktion: Karin Nink (Chefredakteurin), Karin Billanitsch (Leitende Redakteurin), Carl-Friedrich Höck (Redakteur)
Telefon: (030) 255 94-230

Produktionsleitung: Dagmar Günther

Layout/Sekretariat: Heidemarie Lehmann
Telefon: (030) 255 94-200

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin, Postfach 61 03 22, 10925 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Geschäftsführer: Karin Nink, Dr. Hans-Gerd Conrad

Anzeigen/Vertrieb: Network Media GmbH, Gewerbehof Bülowbogen,Hof D, Eingang D1, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Telefon: (030) 740 73 16-00
Telefax: (030) 740 73 16-20

Anzeigen: Nicole Stelzner (Leiterin Unternehmensentwicklung/Verkauf), Henning Witzel (Verkauf/Projektleitung)
Telefon: (030) 740 73 16-36

Gültige Anzeigen-Preisliste: Nr. 32 vom 1. April 2015

Vertrieb: Stefanie Martin
Telefon: (030) 740 73 16-61

Die DEMO erscheint mit sechs regulären Ausgaben im Jahr und zusätzlich mit vier DEMO Sonderheften/Impulse

Abonnementverwaltung:
IPS Datenservice GmbH,
Carl-Zeiss-Str. 5, 53340 Meckenheim
Telefon: (02225) 70 85-366
Telefax: (02225) 70 85-399
E-Mail: abo-vorwaerts@ips-d.de

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahres-Abonnement: 60 € (inkl. Versand und 7 % MwSt.); für Schüler und Studenten (Nachweis erforderlich) 40 €

Jahres-Abonnement (Ausland): 60 € zzgl. Versandkosten

Die Abonnements verlängern sich jeweils um ein Jahr, sofern nicht spätestens drei Monate vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Bei Nichterscheinen der Zeitung oder Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages und im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Leistung, Schadenersatz oder auf Minderung des Bezugspreises.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1, 10178 Berlin, Telefon: (030) 283 06-0

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH & Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld,
Telefon: (05205) 14 700
Telefax: (05205) 14 704
E-Mail: kontakt@kuester-pressedruck.de

Zugleich Versandanschrift für Beilagen und Beihefter mit Zusatz „Warenannahme".

FOTO: CARL-FRIEDRICH HOECK, THOMAS KOEHLER/PHOTOTHEK.NET

REIN LOKAL.
REINE LEBENS-
› QUALITÄT.

Wir erzeugen
70 Mrd.
kWh Strom
pro Jahr.

www.diekommunalenunternehmen.de

DIE KOMMUNALEN UNTERNEHMEN
WIR HALTEN DEUTSCHLAND AM LAUFEN

VKU
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e.V.

WAS SAUST ÜBER EINE INSEL

+

ZEIGT, WIE MAN UMWELTFREUNDLICH VORWÄRTSKOMMT?

Die Erdgastaxen auf Sylt.

Die Erdgastaxen auf Sylt verdeutlichen, wie in Zukunft der Hase läuft. Denn hier tanken immer mehr Taxen Erdgas. Und mehr und mehr andere Fahrzeuge auch. Natürlich zum großen Teil schon aus klimaneutralem Biogas. Genial – und nicht nur eine Insellösung.

Diese Idee der Energieversorgung Sylt ist eine von vielen, mit denen die über 100 in der Thüga-Gruppe organisierten Stadtwerke die Energiewende vorantreiben. Für ein entscheidendes Plus für Mensch, Natur und Umwelt. Für das große Plus für alle.

Erfahren Sie mehr über
www.energie-und-wende.de

EVS Energieversorgung Sylt GmbH

Thüga
Das große Plus für alle